



Ausschuß für Schule und Weiterbildung

54. Sitzung (nicht öffentlich)

20. Oktober 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitz: Hans Frey (SPD) (stellv.)

Stenographin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2855 und 12/2865

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

hier: Bereich Schule und Weiterbildung

2

Ministerin Gabriele Behler führt in den Haushalt ein und beantwortet Fragen der Abgeordneten.

2 Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule (GÖS) - Perspektiven der Weiterentwicklung des Landesprogramms

Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3990

9

- Diskussion.

3 Für ein neues Übergangsverfahren von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen: Kindgerecht entscheiden - Qualität sichern!

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3989

14

- Kontroverse Diskussion.

4 Modellversuch Sport als 4. Abiturfach

Zuschrift 12/2751

Dieser Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen abgesetzt.

der Anhörung würden. Da der Bereich Schule nur in einem Punkt tangiert werde, könne man sicher schnell auf einen Nenner kommen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2855 und 12/2865

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

hier: Bereich Schule und Weiterbildung

Einführung in den Einzelplan 05

Ministerin Gabriele Behler führt in den Haushalt ein - vgl. Anlage zu diesem Protokoll.

Theo Kruse (Olpe) (CDU) hält fest, der Personalkostenanteil sei in den Haushaltsplänen sehr hoch. Alle Regierungen bemühten sich darum, bei den Finanzplanungen langfristig vorzugehen. Vor dem Hintergrund, daß in der Landesregierung darüber diskutiert werde, im Schulbereich ab dem Jahre 2001 nur noch Angestellte einzustellen und auf den Beamtenstatus zu verzichten, frage er die Ministerin, ob sie die Auffassung vertrete, daß Bildung keine hoheitliche Aufgabe im engeren Sinne sei.

In einigen Zeitungen habe man lesen können, daß die Landesregierung sage, zum engeren hoheitlichen Bereich gehörten Polizei, Justiz und Finanzen und nicht mehr die Bildung. Er halte diese Entwicklung für nachdenkenswert, wenn nicht sogar für bedauerlich.

Die Ministerin habe von Prognosen gesprochen. Auch sei das Wort Kostenprognosen aufgetaucht. Er frage die Ministerin, ob sie schon eine Prognose abgeben könne, inwieweit sich das ab dem Jahre 2000 auf den Haushalt auswirken werde.

Ministerin Gabriele Behler erwidert, sie gehe bei den Planungen von verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern aus. Auch jetzt schon habe man einen hohen Anteil von angestellten Lehrerinnen und Lehrern aus unterschiedlichen Gründen. Die Öffnung müsse es geben. Sie sei aber davon überzeugt, daß es auch im 2002 und 2003 so sein werde. Wie sie das finde, sei eine andere Frage.

Die in der Öffentlichkeit oft wiedergegebene Behauptung, das eine sei billiger, das andere teurer, entspreche in der Regel nicht den realen Kosten, die entstünden. Sie führe gerne eine

Diskussion über Sinn und Unsinn von Beamtenstatus. Diese Diskussion müsse man aber differenziert führen und nicht vordergründig mit Schlagworten versehen.

Sie persönlich vertrete die Auffassung, daß das öffentliche Dienstrecht in allen Bereichen erheblich fortentwickelt werden müsse, um tatsächlich zukunftsfähig zu sein. Da habe man einen Reformstau sondergleichen.

Die Statusfrage, die lange Zeit im Vordergrund gestanden habe, sei die aus ihrer Sicht am wenigsten wichtige.

Marie-Theres Ley (Köln) (CDU) möchte angesichts eines durchschnittlichen Einstellungsalters mit 32 Jahren wissen, wie viele davon Beamte seien. Da gebe es ja eine Obergrenze.

Zum zweiten habe die Ministerin auf den hohen Anstieg der Schülerzahlen im Berufskolleg verwiesen. Sie frage, ob die Zahlen differenziert nach Weiterbildung im Berufskolleg und nach den normalen Auszubildenden angegeben werden könnten.

An die Realschulen seien 200 Stellen aus anderen Schulformen herübergegeben worden. Sie frage, aus welchen Schulformen die Lehrerinnen und Lehrer gekommen seien.

Bezüglich der Sonderschulen sei gesagt worden, daß - neben dem normalen Anstieg, der in Zusammenhang mit dem Anstieg der Schülerzahlen stehe - der Anstieg in den Sonderformen besonders groß sei. Sie bitte, dies genau aufzuführen.

Sodann frage sie noch, wann 1.453 Stellen neu eingerichtet worden seien.

Leitender Ministerialrat Dr. Bröcker (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung) antwortet auf die letzte Frage, im Jahre 1995.

Manfred Degen (SPD) führt aus, auch er habe sich über die aufgekommene Diskussion zum Beamtenstatus von Lehrern gewundert. Die SPD habe das nicht angestoßen. Die Diskussion halte er auch für müßig. Man könne sich lange darüber streiten, was nun Hoheitsaufgaben und was keine seien. Die finanzielle Seite werde bei dem Umstellungsprozeß sehr schwierig. Schleswig-Holstein habe einmal begonnen, nur noch Lehrer im Angestelltenverhältnis einzustellen. Die Übergangszeit von etwa 30 Jahren werde allerdings zu teuer. Man müsse noch die Pensionslasten zahlen, für die nichts zurückgelegt worden sei. Aus finanziellen Gründen sei Schleswig-Holstein davon wieder abgegangen.

Ihn habe auch der Anstieg der Schülerzahlen bei den Sonderschulen verwundert. Er halte es für angemessen, wenn der Schulausschuß sich einmal mit der Thematik in einem Tagesordnungspunkt befasse. Er vermute, daß der prozentuale Anstieg der Schülerzahlen aus verschiedenen Gründen im Sonderschulbereich höher sei.

Zum Berufskolleg interessiere ihn, ob der Anstieg nicht auch dadurch bedingt sei, daß es seit einigen Jahren verstärkte Nachfrage nach vollzeitschulischen Angeboten gebe.

Dr. Hans Horn (CDU) hält fest, die prognostische Kraft der Regierung reiche bis weit ins nächste Jahrtausend hinein.

Bezüglich der Werbung für den Lehrerberuf interessiere ihn, inwieweit für den Lehrerberuf zur Zeit geworben werde, welche Linie die Ministerin einschlage, was ja für die persönliche Entscheidung vieler junger Menschen sehr wichtig sei.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) kommt auf die Weiterbildungsmaßnahmen für Mangelfächer zu sprechen. Er frage, um welche Fächer es sich da handele.

Ministerin Gabriele Behler gibt an, das Ministerium informiere kontinuierlich über Einstellungswahrscheinlichkeiten, Einstellungsmöglichkeiten und Bedarfe. Alle, die sich meldeten, bekämen Informationen zu den Fächerkombinationen der Ausscheidenden und zu den Möglichkeiten der Einstellung.

In bestimmten naturwissenschaftlich-technischen Fächern, erst recht im berufsbildenden Bereich habe man die gesamte Zeit über einen deutlichen Mangel. Es werde über die Möglichkeiten differenziert informiert. An bestimmten Punkten versuche sie, zur Aufnahme eines Ingenieur-Studiengangs zu ermuntern. Das gelte auch für berufsbezogene Lehrämter.

Die Nachfrage in den vollzeitschulischen Bildungsgängen sei gestiegen. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt führe dazu, daß mehr vollzeitschulische Ausbildungsgänge in Anspruch genommen würden. Eventuell müsse man bestimmte Angaben bis zur nächsten Sitzung nachliefern.

LMR Dr. Bröcker (MSWWF) kommt zunächst auf die Differenzierung in der Sonderschule zu sprechen. Der Haushalt enthalte auf Seite 691 die Durchdifferenzierung der einzelnen Typen der Sonderschule. Man könne die Zahlen der Vorjahre hintereinanderschalten. Dann habe man ein klares Bild. Es ergebe sich auch aus den amtlichen Schuldaten. Es sei auch ohne weiteres möglich, eine Excel-Tabelle zu erstellen, die die Fragestellung in einer Jahresfolge darstelle. Der Ansatzpunkt sei im Haushaltsplan und in den Erläuterungsbänden gegeben.

Ministerin Gabriele Behler fügt noch hinzu, die Obergrenze bei der Verbeamtung liege bei 35 Jahren.

Ministerialdirigent Fiege (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung) merkt an, die Zahl 32 sei ein Durchschnitt. Es würden auch 34jährige oder 30jährige verbeamtet. Generell sei es so, daß, wenn die Voraussetzungen vorlägen, alle als Beamtinnen und Beamte eingestellt würden - mit Ausnahme der 934 Vorgriffsstellen, die ein Jahr später in den Beamtenstatus hineinrutschten. Eine Ausnahme sei auch der Stellenpool, der nur auf zwei Jahre angelegt sei.

Ministerin Gabriele Behler kommt auf die Weiterbildung im Berufskolleg zu sprechen. Das könne sich nur auf die Fachschulen beziehen. Die Zahlen wolle sie gerne nachliefern.

Zur Weiterbildung im Berufskolleg hält **Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung)** fest, für die Qualifikationserweiterung stünden 400.000 DM zur Verfügung. Zum Teil gehe es um pädagogische Fragen und ähnliches. Das sei gezielte Lückenbekämpfung.

Was die 200 Mehrstellen an den Realschulen angehe, so handele es sich nur um eine Stellenumsetzung, teilt **LMR Dr. Bröcker (MSWWF)** mit.

Der Haushaltsplan werde praktisch zwei Jahre erstellt, bevor er in reale Lehrerzuweisung umgesetzt werde. Beim Ablauf der Erhebungen und Prognosen habe sich ergeben, daß in einem Bereich die Schülerzahlen höher ausgefallen seien als vorausgesehen. Dann werde durch eine Stellenumsetzung eine Feinjustierung der tatsächlichen Schülerentwicklung nachvollzogen. Unter keinen Umständen werde jemandem etwas genommen. Ein nominell ausgewiesener Überschuß werde dorthin transferiert, wo er materiell hingehöre. - Die Zahlen könnten nachgeliefert werden.

Friedrich Schepsmeier (SPD) merkt an, die Ministerin habe ausgeführt, daß über 90 % der Schulen an der Maßnahme von Schule von 8 bis 1 teilnähmen.

In seinem Kreis konzentriere sich wohl ein großer Anteil der restlichen 10 %, weil die Schulträger, die Gemeinden, das Unternehmen eher gebremst hätten. Er frage, ob sie noch eine Chance hätten, in das Programm hineinzukommen oder ob die Summe für die bestehenden Maßnahmen verplant sei.

Wenn alle schlagartig auffüllen würden, was die Planung angehe, käme man mit dem Ansatz in Schwierigkeiten, meint **LMR Dr. Bröcker (MSWWF)**. Der Finanzminister überschreite eine gewisse Ist-Begrenzung nicht und wolle auf keinen Fall nur Erwartungen bedienen. Er meine aber, die Frage sei eher theoretisch. Es werde nämlich keine explosionsartige Endauffüllung geben, so daß prinzipiell noch etwas Luft sei. Der theoretisch volle Anspruch werde durch den Haushaltsanspruch allerdings nicht erfüllt, weil der Finanzminister immer die Ist-Entwicklung vorhalte.

Rüdiger Goldmann (CDU) führt an, allgemein werde das hohe Eintrittsalter ins Berufsleben in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten beklagt. Er frage, ob der Ministerin ein Überblick darüber vorliege, wie das Berufsanfangsalter in den europäischen Nachbarstaaten bei Lehrern sei.

Er frage, ob das auch damit zusammenhänge, daß die Lehrer in Deutschland zum einen zu lange und zum anderen auch zu viele Fächer studierten. In Frankreich etwa studierten die Lehrerinnen und Lehrer nur ein Fach, in dem sie später unterrichteten.

Des weiteren interessiere ihn das Lehrerangebot, nach Schulformen differenziert. Er frage, wo es einen Mangel, wo es einen Überhang gebe.

Die Ministerin habe dargelegt, daß für Migrantenkinder zusätzliche Lehrerstellen ausgewiesen würden. An keiner Stelle habe er Zahlen gesehen, wie hoch sich der Anteil der ausländischen Schüler nach Schulformen differenziert entwickle. Dann sei jeweils ein erhöhter Einsatz von Fachpersonal nötig. Er bitte die Ministerin, das noch zu ergänzen.

Die Entwicklung der Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler sei den Abgeordneten mit den Unterlagen zur Schuljahrespressekonferenz zugegangen, unterstreicht **Ministerin Gabriele Behler**. Dort sei die Entwicklung dargestellt.

Die Frage, warum das Eintrittsalter so hoch sei, lasse sich nicht auf einen einfachen Faktor zurückführen. Dabei spiele eine Reihe unterschiedlicher Faktoren eine Rolle. Zum Beispiel sei es längst nicht in allen Ländern selbstverständlich, daß es für Lehrerinnen und Lehrer überhaupt eine wissenschaftliche Ausbildung gebe. Auch bei den Lehrämtern in Nachbarstaaten müsse man differenzieren. Das erhöhe natürlich das Durchschnittsalter.

Ein größerer Teil der jetzigen Lehrer habe nach dem Studium oder nach der Referendarzeit gewartet, bewerbe sich dann wieder, rutsche nach oben und komme in ein Einstellungsverfahren hinein. Die Leute hätten in der Zwischenzeit, etwa bis zum 32. Lebensjahr nicht nur ihre Ausbildung absolviert. Der größere Teil von ihnen habe zwischenzeitlich etwas anderes gearbeitet.

Zum europäischen Vergleich lägen ihr keine Statistiken vor. Wie gesagt, die Faktoren seien unterschiedlich. Wenn in einem Land etwa Lehrerinnen und Lehrer im Primarbereich keine allgemeine Hochschulreife und kein wissenschaftliches Studium haben müßten, dann seien sie natürlich sehr viel früher mit ihrer Ausbildung fertig als in Deutschland, wo man aus guten Gründen auf eine wissenschaftliche Ausbildung gesetzt habe und weiter setze.

Was die Fächer, die Überhänge und Unterhänge angehe, so sei das nicht in jedem Jahr gleich, werde aber im Prinzip in der schon von ihr angesprochenen Broschüre in der Übersicht aufgegriffen. Der Mangel bzw. der Bewerberüberhang habe sich in den Grundlinien in den letzten Jahren nicht verändert. In der Tendenz gebe es immer im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich einen höheren Bedarf als in den geisteswissenschaftlichen Fächern, was nicht heiße, daß es im Einzelfall nicht auch da zu Problemen kommen könne. Im Durchschnitt gelte aber diese Aussage weiter.

MD Fiege (MSWWF) verweist bezüglich der ausgesiedelten Schülerinnen und Schüler auf den Erläuterungsband, Seite 21.

Rainer Michaelis (GRÜNE) meint, die in dem Einführungsvortrag der Ministerin enthaltene Prognose zur Entwicklung der Schülerzahlen an den Sonderschulen weiche von dem Gesamtanstieg der Schülerzahlen nicht erheblich ab. Ihn würde interessieren, ob der Anstieg von dem generellen Schüleranstieg in diesem Zeitraum abweiche.

Sodann kommt Herr Michaelis auf das Berufskolleg zu sprechen. Aufgrund der vorliegenden Zahlen sei es absehbar, daß bei der Lehrereinstellung im Bereich Berufskolleg genau das Gegenteil von dem eintrete, was ansonsten für die Grundschule und die Sekundarstufen I und II gelte, daß man nämlich von einem eklatanten Mangel an Fachlehrern ausgehen müsse. Die Stellen könnten schon jetzt kaum besetzt werden. Er frage, wie man mittelfristig das Problem beheben wolle.

Er sehe auch einen Zusammenhang mit der Frage Beamte/Angestellte. Hier werde deutlich, daß man mit der Form der beamteten Lehrkräfte, wie man es jetzt habe, nicht weiterkomme. Insbesondere müsse es besondere Anreize geben, um entsprechendes Fachpersonal für das Berufskolleg zu bekommen. Für ihn stehe nicht die Frage im Vordergrund, ob nun ein beamteter oder ein Angestellter im öffentlichen Dienst sei. Entscheidend sei doch, wie das Dienstrecht ausgestaltet werde, welche Anreizmöglichkeiten gegeben würden, wie das Beförderungssystem aussehe. Wie das hinterher heiße, sei eigentlich zweitrangig. Die Form des Dienstrechtes müsse in diesem Bereich voranschreiten. Er frage, wie das Ministerium mittelfristig auf diesen erkennbaren, zum Teil schon vorhandenen Mangel reagieren wolle.

Seine zweite Frage beziehe sich auf ein angekündigtes Bundesprogramm, in dem es um die bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen insgesamt mit realer Kommunikationstechnologie gehe. Er frage, ob erkennbar sei, inwieweit sich das auf die Bildungseinrichtungen, speziell die Schulen in NRW auswirken werde, ob also damit zu rechnen sei, daß vom Bund finanzielle Mittel bereitgestellt würden, um mit der Ausstattung der Schulen weiterzukommen.

Ministerin Gabriele Behler erwidert, es gebe eine politische Absicht der Bundesregierung, die sie zur Kenntnis genommen habe. Es gebe aber noch keine operationalisierbare Grundlage.

Sie teile letztlich die Einschätzung, daß Anreize notwendig seien, um bei den berufsbezogenen Bildungsgängen Personal in die Berufskollegs zu bekommen. Das sei, wie Herr Michaelis gesagt habe, keine Frage des Status, sondern eine Frage der Reform des Dienstrechtes insgesamt. Die Reform des Dienstrechtes insgesamt liege nicht in den Händen der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Sie könne es fordern, was sie auch mache. Es werde an einer Bundesratsinitiative gearbeitet, um ein Stück weiterzukommen. Letztendlich hänge man an dieser Stelle am Tropf des Bundes. Da sei viel nachzuholen, gerade was das öffentliche Dienstrecht angehe. Das sei insgesamt keine neue Erkenntnis. Man brauche mehr Flexibilität in den Schulen selbst auch. Solange man aber unter den gegebenen Bedingungen vorgehen müsse, könne sie nur werben, appellieren und informieren über den Bedarf, der vorhanden sei, und die Möglichkeiten, die auf Dauer erkennbar seien.

Wenn das alles nicht ausreiche, müsse man sich so helfen, wie man es in der Vergangenheit auch schon getan habe, in dem man versuche, durch Qualifizierungsmaßnahmen weiterzukommen.

Der grundlegende Anspruch auf sachgerechten Unterricht müsse Entscheidungskriterium für die Maßnahmen, die man ergreife, sein.

An Herrn Goldmann gewandt, fährt die Ministerin fort: Beim Durchschnittsalter spiele es auch eine Rolle, ob ein Land - das gebe es offensichtlich - eine Altersbegrenzung bei der Einstellung vornehme. Wenn jemand sage, er stelle Lehrer, die älter als X seien, überhaupt nicht mehr ein, so führe das automatisch zu einem niedrigen Einstellungsalter. Solche Entscheidungen gebe es in anderen Ländern. Das mache man hier nicht - letztlich auch aus gutem Grund. Es sei rechtlich schwierig. Für Personen, die sich für den Schuldienst bewürben, habe man keine Altersgrenze.

Marie-Theres Ley (Köln) (CDU) fragt, ob es eine Statistik gebe, aus der man erkennen könne, wie lange die Leute nach Abschluß des Studiums und Abschluß der Referendarzeit warten müßten, bis sie eingestellt würden. Das Warten bis zur Einstellung sei doch nun einmal bei sehr vielen der Grund, warum das Einstellungsalter so hoch sei.

Zur Schule von 8 bis 1: Es gebe viele Schulen, an denen zwei Gruppen eingerichtet worden seien. Sie frage, ob diese zwei Gruppen bestehen blieben und ob die Ministerin einen Erfahrungsbericht geben könne. In Köln seien sehr viele Gruppen mit AB-Maßnahmen durchgeführt worden. Sie würden zur Zeit fast alle gestrichen. Es gebe große Probleme vor Ort, weil die Betreuung zum Teil nicht weitergeführt werden könne.

Eine Statistik, aus der hervorgehe, welche Wartezeiten es gebe, von der man allerdings abgrenzen müsse, welche anderen Berufsentscheidungen es unter Umständen zwischenzeitlich gegeben habe, liege nicht vor, betont **Ministerin Gabriele Behler**.

Es mache auch einen Unterschied, ob jemand zum Beispiel an einer Hochschule arbeite, zunächst vorhabe, an der Hochschule zu bleiben und sich mit 40 Jahren dann entscheide, doch in den Schuldienst zu gehen. Das könne man nicht unter Wartezeiten fassen. Von daher sei das statistisch so nicht zu erfassen.

Bei den Personen, die man einstelle, auch noch überprüfen zu müssen, ob sie sich in den Jahren vorher - gegebenenfalls wann und wie oft - beworben hätten, halte sie für äußerst schwierig. Sie wolle es aber noch einmal überprüfen lassen.

Was die Grundschule von 8 bis 1 angehe, so könne man davon ausgehen, daß an den Stellen, an denen es Zweitgruppen gebe, diese Zweitgruppen auch weiterhin so finanziert würden wie bisher. Das, was Frau Ley als weiteres Problem aus ihrer Kommune angesprochen habe, sei ein Problem der Kommunalpolitik. Das Ministerium weise Mittel an die Träger. Die Träger hätten bei den unterschiedlichen Konzepten, die es im Land insgesamt gebe, die unterschiedlichen Möglichkeiten zur Ausgestaltung. Sehr bewußt sei darauf verzichtet worden, Vorgaben zu machen, bestimmte Modelle vorzuschreiben oder den Trägern Auflagen zu machen, wie sie dieses Angebot organisieren sollten. Die Frage der Gestaltung sei eine Sache des Schulträgers und damit der Kommune vor Ort.

Es fällt dem gesprochenen Wort

Haushalt 2000
Schule und Weiterbildung

Ministerin Behler
Einführung
Ausschuss für Schule und
Weiterbildung des Landtags
NRW
20. Oktober 1999

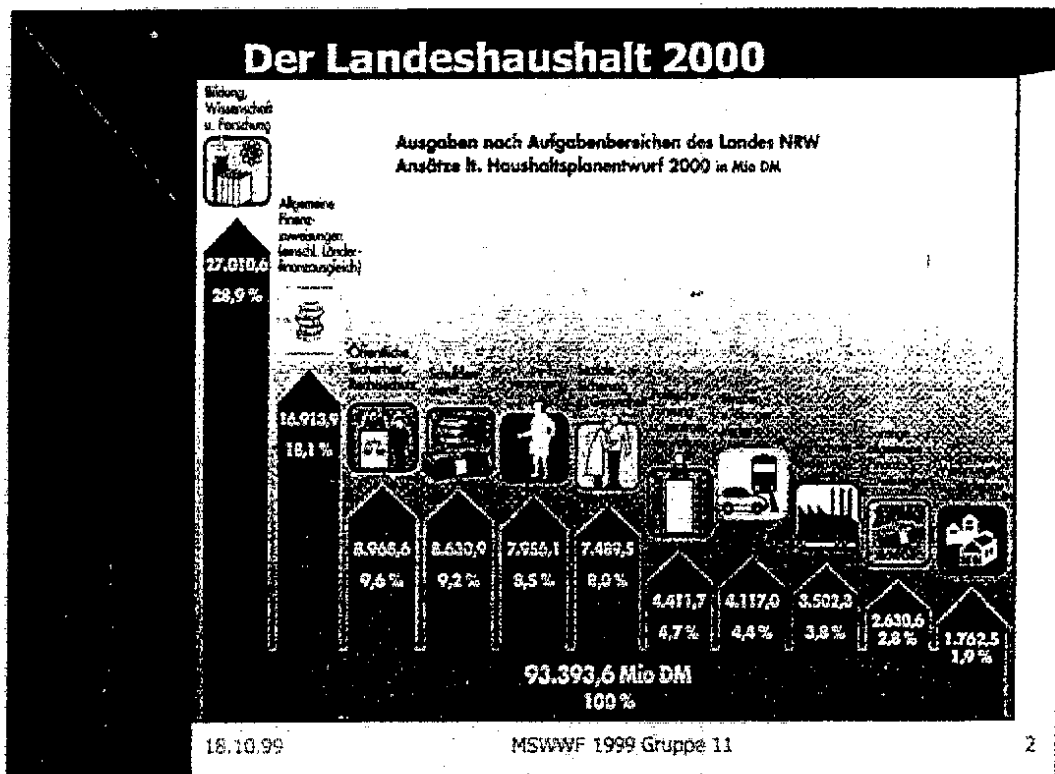
MSWVF
Bildung ist Zukunft

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

Finanzminister Heinz Schleußer hat bei der Einbringung des Haushalts 2000 am 25. August 1999 zur Notwendigkeit von weiteren Sparmaßnahmen im Personalhaushalt und dem Gebot, die erforderlichen Dienstleistungsangebote für die Bevölkerung zu erbringen, ausgeführt:

Bislang ist der Landesregierung auch in diesem Teil des Haushaltes die Gratwanderung zwischen dem Nötigen und dem Finanzierbaren gelungen.

Der Abbau von Personal wird fast ausschließlich in der allgemeinen Verwaltung umgesetzt. Anders die Entwicklung im Schulbereich. Für die Einstellung zusätzlicher Lehrer und Lehrerinnen wurden seit 1995 1.473 Stellen geschaffen. Bildung und Wissenschaft sind eine entscheidende Komponente für die Zukunftsvorsorge für die Menschen. Und wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Erwartungen der Menschen, aber auch der Wirtschaft an die Infrastruktur nicht sinken, sie sind vielmehr höher als je zuvor.



Deshalb hat die Landesregierung die Mittel auf die Schwerpunkte Bildung und Wissenschaft, Arbeit und Wirtschaftsförderung konzentriert. Während das Ausgabevolumen des Landeshaushalts um 1,9 Prozent ansteigt, erhöhen sich die Ausgaben im Einzelplan 05 um 3,1 Prozent.

Gleichwohl ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme um 300 Mio. DM geringer ausfallen zu lassen als 1999. Wieder erweist sich die Haushaltspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen als besonnen, abwägend und beispielhaft.

Unsere Perspektiven

Das Mittelfristige Konzept:
Konsolidierung

Initiativprogramm:
Strukturverbesserung

MSWWE
Bildung ist Zukunft

Mit dem Haushalt 2000 klingt die jetzige Legislaturperiode finanzpolitisch aus. Für den Einzelplan 05 darf ich zwei markante Punkte nennen.

Das am 19. Juni 1996 vorgestellte Mittelfristige Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung wird in seinem vierten Planungsjahr abgeschlossen. Der Schulbereich hat damit einen Konsolidierungsbeitrag erbracht, der überzeugt hat.

Auf dieser Basis konnte das Initiativprogramm Schule Nordrhein-Westfalen 1999/2000 beschlossen werden. An dieser Stelle sei aber noch einmal hervorgehoben, dass das Initiativprogramm seine volle Wirkung im Jahre 2000 entfaltet und dann beachtliche Mittel erfordert.

Schwerpunkte des Initiativprogramms

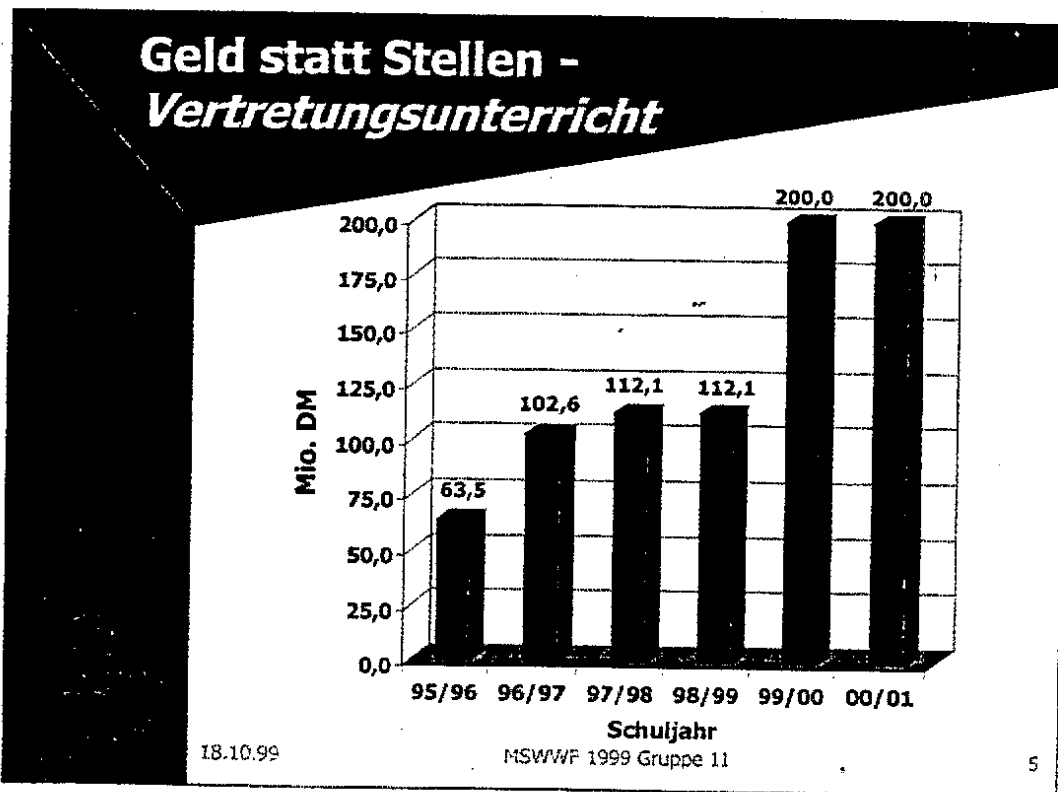
- Verdoppelung Geld statt Stellen
- Vertretungspool an Grundschulen
- Anschlussbeschäftigung für LAA
- 934 Zusatzstellen auf 1.000 erhöht
- 430 Stellen für
Schulleitungsentlastung

MSWWF
Bildung ist Zukunft

Für das Initiativprogramm Schule Nordrhein-Westfalen 1999/2000 sind in den Nachtragshaushalt 1999 und im Haushalt 2000 insgesamt 330 Mio. DM veranschlagt.

Diese Mittel werden für eine Aufstockung des bewährten Programms *Geld statt Stellen*, für den Aufbau eines *Vertretungspools* an Grundschulen, für die *Anschlussbeschäftigung* der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter und für die Verlängerung der 934 *Vorgriffseinstellungen* verwendet.

Die mit dem Nachtragshaushalt 1999 neu eingerichteten 496 Lehrerstellen sind in der Besoldung zum 1.2.2000 berücksichtigt. 430 dieser neuen Stellen werden dafür genutzt, die Schulleitungen an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen zu entlasten.



Die Position *Geld statt Stellen* stabilisiert sich nunmehr auf dem hohen Niveau von 200 Mio. DM. Die Etatisierung im Haushalt 2000 bestätigt, dass hier eine Dauermaßnahme getroffen wird, auf die Verlass ist.

In Stellen umgerechnet, entsprechen die dauerhaft gesicherten 200 Mio. DM etwa 2.300 Stellen; dabei habe ich berücksichtigt, dass angesichts der höchstrichterlichen Rechtsprechung auch nebenberuflich erteilter Unterricht grundsätzlich anteilig nach BAT entgolten werden muss. Die Größe des Vertretungsvolumens wird aber vielleicht noch anschaulicher, wenn man bedenkt, dass den Schulen je Lehrkraft nunmehr 20 Vertretungsstunden zur Verfügung gestellt werden können.

Ich bin mir bewusst, dass die nachhaltige Erhöhung der Position *Geld statt Stellen* die Schulaufsicht noch einmal zusätzlich fordert. Ich bin sehr daran interessiert, dass die Schulaufsicht und die Schulleitungen mit noch besseren Verfahren unterstützt werden, und ich möchte auch weiter dazu ermutigen, Aufgaben auf die Schule zu delegieren.

Geld statt Stellen - Vertretungspool

**60 Mio für 800 Einstellungen ab
18.10.1999 zu Gunsten der Grundschule
genutzt**

arbeitsmarktpolitischer Effekt

positive Wirkung auf Altersstruktur

Vertretung bei kurzfristigen Erkrankungen

**Einsatzregelung vor Ort durch die 54
Schulämter**

18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

6

Bei der Beratung des Nachtrags 1999 hatte ich Ihnen bereits die neue Institution des Stellenpools für Grundschulen erläutert.

Unmittelbar im Anschluss an das Ende der Herbstferien haben die Lehrerinnen und Lehrer, die in dem Stellenpool eingesetzt sind, ihre Tätigkeit aufgenommen. Über die ersten praktischen Erfahrungen werde ich Ihnen hier berichten.

Ich darf noch einmal daran erinnern:

Der Stellenpool entspricht 600 Stellen, die für 800 Einstellungen genutzt werden. Die arbeitsmarktpolitischen Effekte und die positive Wirkung auf die Altersstruktur habe ich Ihnen bereits dargelegt. Ich hoffe sehr, dass das Ärgernis des Unterrichtsausfalls bei kurzfristigen Erkrankungen im Grundschulbereich merklich zurückgeht. Die 54 Schulämter stehen jetzt vor einer neuen organisatorischen Herausforderung. Wir stehen im Kontakt mit den Bezirksregierungen mit dem Ziel, den Schulämtern den Start zu erleichtern.

Geld statt Stellen - Anschlussbeschäftigung

**Bestandteil des Mittelfristigen Konzeptes
Sicherstellung des bedarfsdeckenden
Unterrichts in der anrechnungsfreien
Ausbildungszeit des ersten Ausbildungs-
halbjahres vom 1.2. bis zu den Sommer-
ferien**

**es muss immer nur ein LAA-Jahrgang
„substituiert“ werden**

Kostenprognose für 2001: 52,3 Mio DM

18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

7

In Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam – Titel 427 21 sind unter der Zweckbestimmung “Vergütungen für Aushilfen – Anschlussbeschäftigung Lehramtsbewerber” 17,2 Mio. DM ausgebracht.

Das war bereits im Haushalt 1999 angekündigt. Mit den 17,2 Mio. DM werden Unterrichtsanteile substituiert, die im Umfang von 411 Lehrerstellen im Rahmen des bedarfsdeckenden Unterrichts von Lehramtsbewerbern und Lehramtsbewerberinnen im Bereich der Grundschule erbracht werden.

Da diese Lehramtsbewerber und Lehramtsbewerberinnen nur in der ersten Schuljahreshälfte zur Verfügung stehen, war der Ausgleich über Vergütungen herzustellen. Der Haushaltsentwurf 2000 enthält im Übrigen in den Erläuterungen eine Vorankündigung, um die Anschlussbeschäftigung für die Zeit vom 1.2.2001 bis zum 31.7.2001 zu sichern. Da es hier um die Substitution von Unterricht im Umfang von 2.522 Lehrerstellen geht, ist ein Betrag von 52,3 Mio. DM für 2001 vorzusehen.

Stellen für Schulen im Haushaltsentwurf 2000:

Grundstellen:	126.975
davon bedarfsdeckender Unterricht:	- 2.522
bleiben:	124.453

Bedarfsdeckender
Unterricht
2,0%



18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

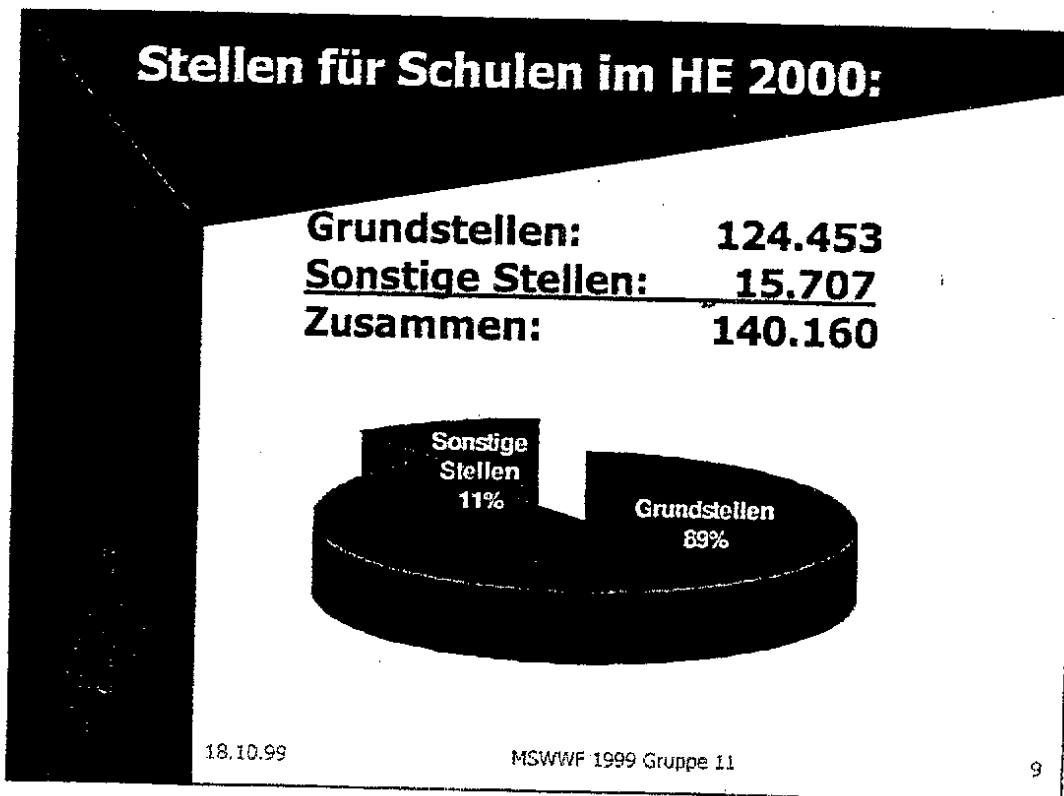
8

Ich möchte die Stellenstruktur der Schulkapitel in den Blick nehmen, um die Grundelemente, die für alle Schulkapitel gelten, deutlicher werden zu lassen.

Danach gilt, dass nach Maßgabe der Schülerzahlen und der Schüler-Lehrer-Relationen - alle Schulkapitel zusammengefasst - für das Schuljahr 2000/2001 126.975 Grundstellen vorzusehen sind. Diese Stellen sind auch in den jeweiligen Schulkapiteln anteilig ausgebracht und hinsichtlich ihrer Berechnungsgrundlagen im Einzelnen dargestellt.

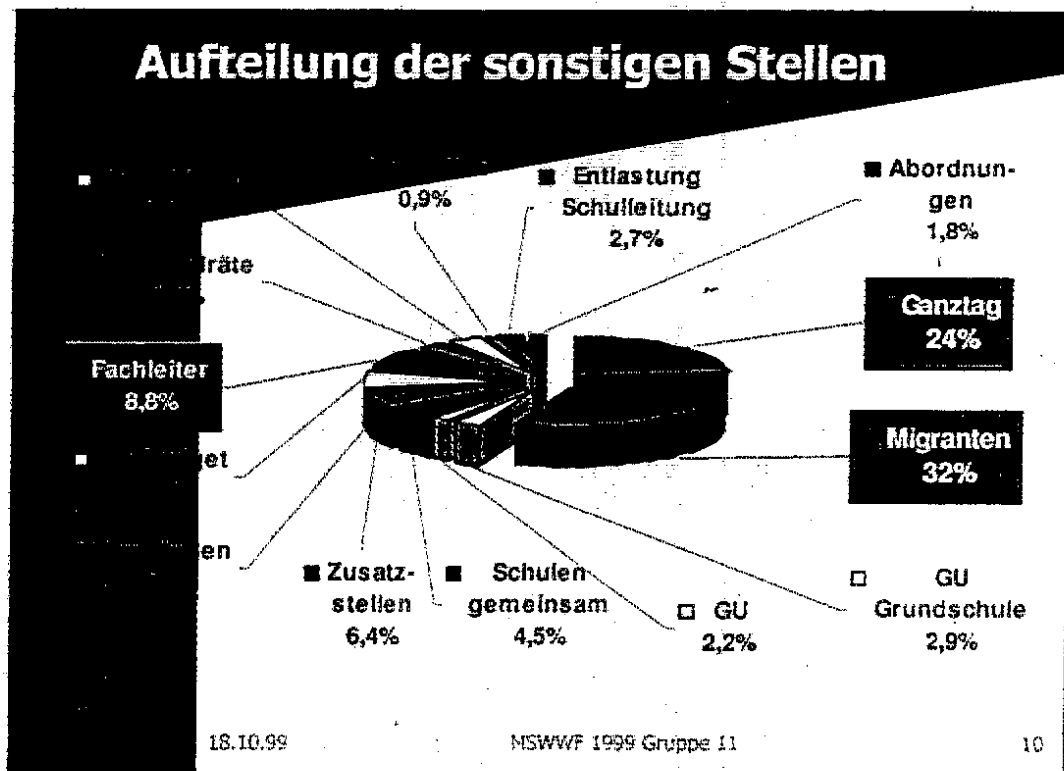
Im Schuljahr 2000/2001 setzt die zweite Phase des bedarfsdeckenden Unterrichts durch Lehramtsbewerber und Lehramtsbewerberinnen ein, und zwar in einem Umfang von insgesamt 2.522 Lehrerstellen.

Die ausgewiesene Grundstellenzahl ist um diese Zahl zu mindern, so dass netto 124.453 Grundstellen gegeben sind.



Das Verhältnis von Netto-Grundstellen zu den sonstigen Stellen ergibt sich aus der jetzt gezeigten Übersicht. Hiermit soll deutlich gemacht werden, welches Übergewicht die regulären Grundstellen für die Unterrichtsversorgung hat.

Unter dem Begriff *sonstige Stellen* sind alle anderen Sachverhalte zur Ermittlung der Unterrichtsbedarfe und der Ausgleichsbedarfe zu subsumieren.



Die sonstigen 15.707 Stellen – in der Zusammenfassung aller Schulkapitel – differenzieren sich wie folgt:

Der größte Anteil entfällt auf die Unterrichtserteilung für Migranten, gemeint sind die Integrationshilfe und der muttersprachliche Unterricht. Als die nächste wichtige Größe erscheint der Ganztagsunterricht. Von Bedeutung ist in diesem Kontext dann noch der Stellenausgleich für Fachleiterinnen und Fachleiter; er macht 8,8 Prozent der *sonstigen Stellen* aus.

430 Stellen für die Entlastung der Schulleitungen

- **Entlastung der Schulleitung**
- **Steigende Eigenverantwortung**
- **Vermeidung von Unterrichtsausfall**

18.10.99

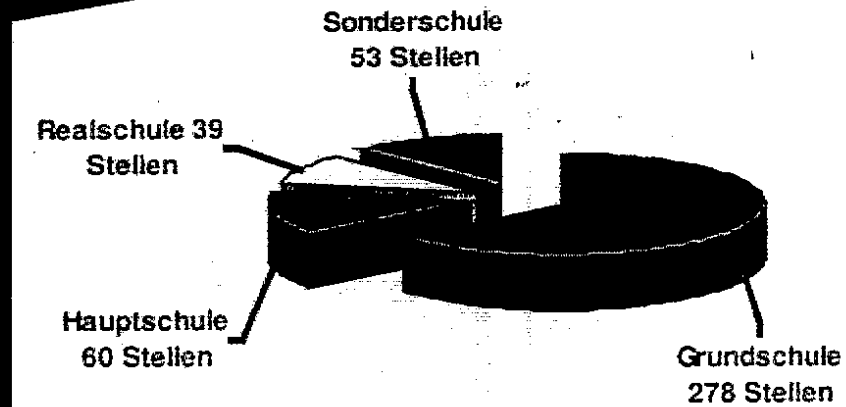
MSWWF 1999 Gruppe 11

11

Wenn hier als besondere Kategorie die Entlastung der Schulleitungen erscheint, so ist dies nur eine vorübergehende Ausweisung im Bereich *sonstige Stellen*.

Die 430 neuen Stellen sollen im Rahmen des Haushalts 2001 in die regulären Schüler-Lehrer-Relationen eingearbeitet werden, so dass ein spezifischer Ausweis nicht mehr gegeben sein wird. Als ausdrücklich ausgewiesener Posten im Jahre 2000 hat dies aber noch seinen Sinn, um auch in der Darstellung bewusst zu machen, welches Gewicht dieser Teil des Initiativprogramms 1999/2000 hat.

430 Stellen für die Entlastung der Schulleitungen

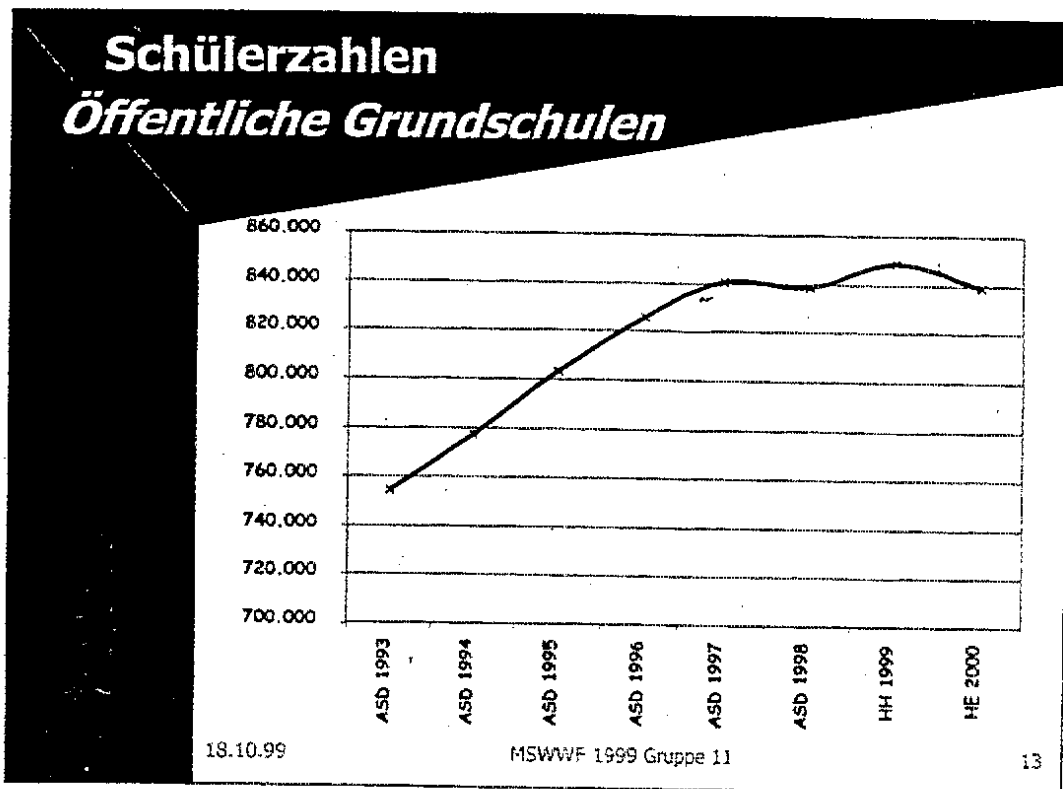


18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

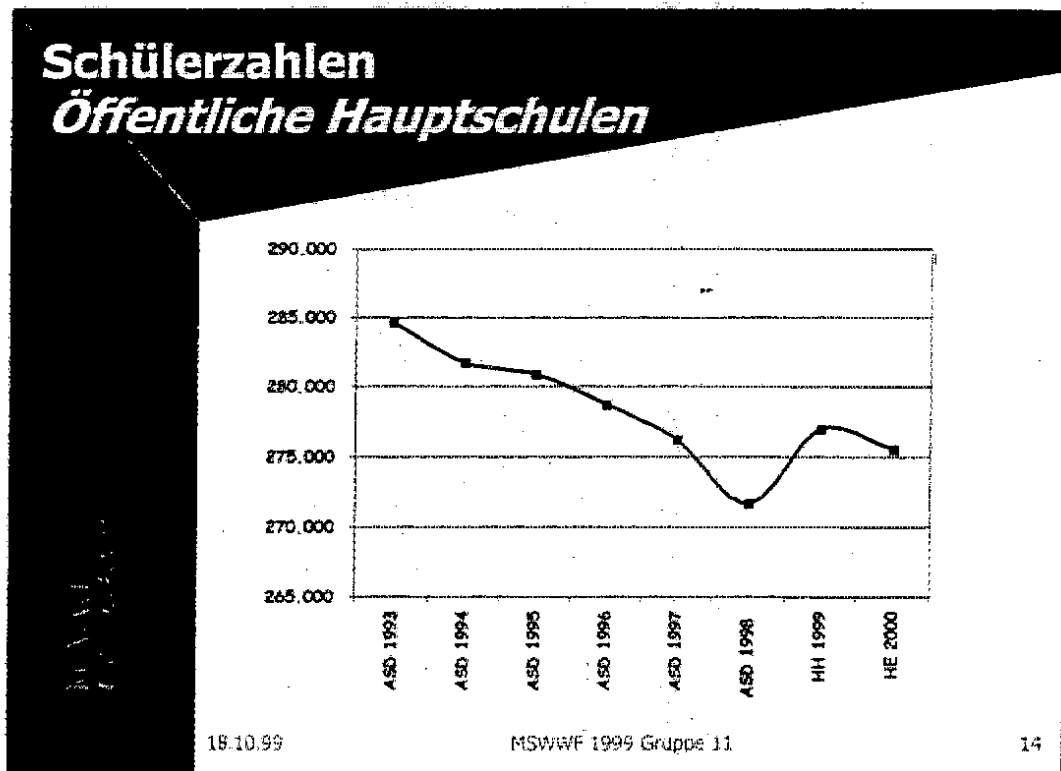
12

Zur Einzelaufteilung der 430 Stellen für Entlastung der Schulleitungen sei noch einmal auf dieses Diagramm hingewiesen. Der Löwenanteil geht an die Grundschule.



Für das Schuljahr 2000/2001 wird mit 838.000 Grundschülerinnen und Grundschülern gerechnet (den Schulkindergarten eingeschlossen).

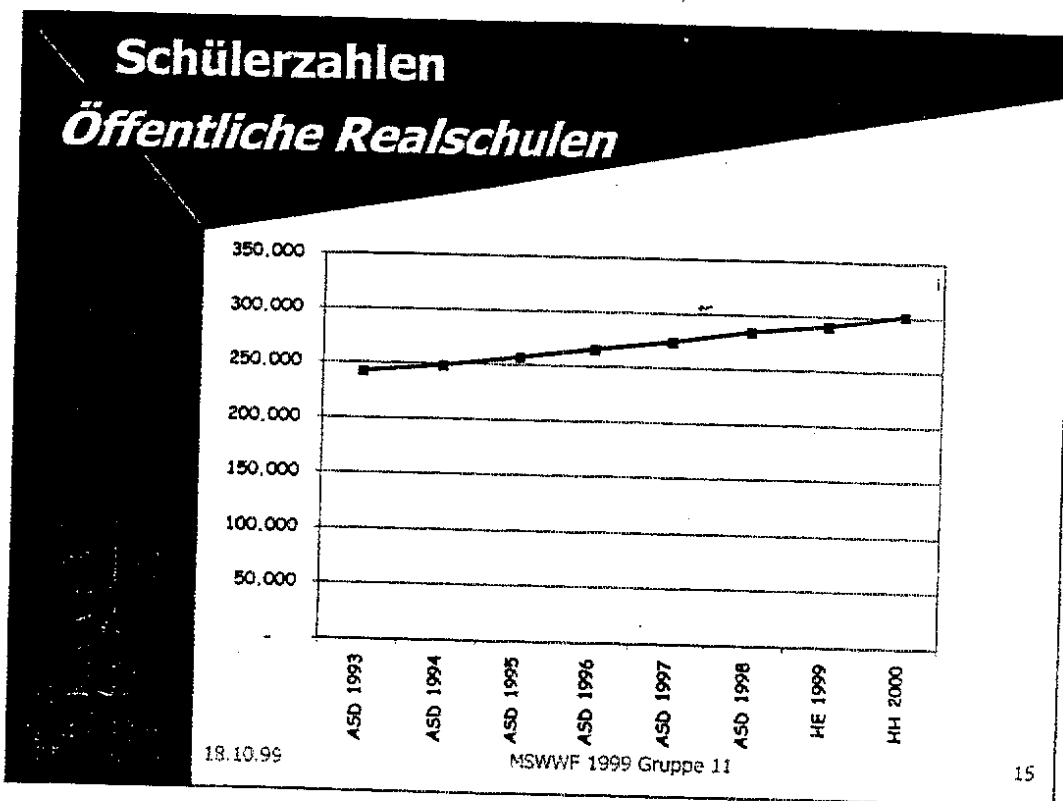
Der prognostizierte Rückgang der Schülerzahlen (nach vorherigem Anwachsen) wird bestätigt. Gesicherte Erkenntnisse liegen auf Grundlage der amtlichen Schuldaten für 1998 vor. Es wird abzuwarten sein, was die amtlichen Schuldaten für das Schuljahr 1999/2000 ergeben. Hierzu ist gerade die Erhebung angelaufen. Ich schließe nicht aus, dass der Haushaltsansatz 1999 im Lichte der neuen amtlichen Schuldaten - theoretisch gesehen - etwas zurückgenommen werden müsste.



Für das Schuljahr 2000/2001 wird mit 275.500 Schülerinnen und Schülern gerechnet. Die Kurve bestätigt die Prognose einer fallenden Tendenz. Die amtlichen Schuldaten 1998 haben sogar eine leichte Verstärkung dieses Trends ergeben.

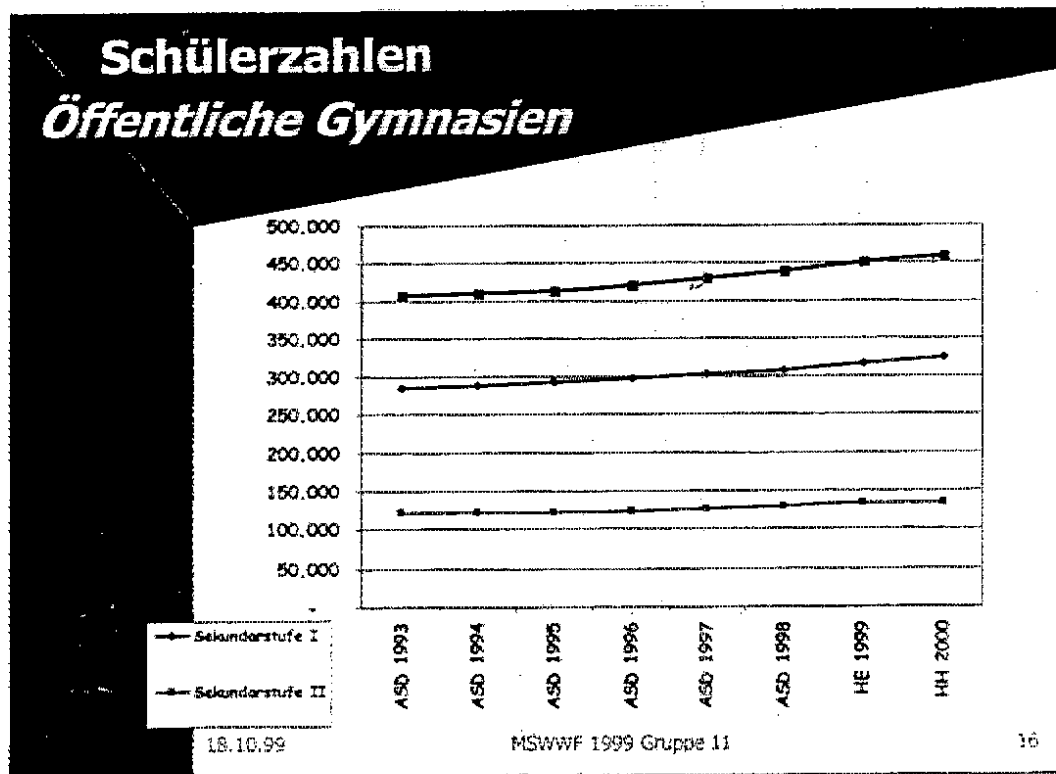
Auch die amtlichen Schuldaten für das Schuljahr 1999/2000 werden möglicherweise ein etwas stärkeres Absinken erkennen lassen, als bei der Haushaltsveranschlagung für 1999 zugrunde gelegt wurde.

Unsicherheiten bei der Prognose ergeben sich auch aus dem Übergangsverhalten von den Grundschulen zu den weiterführenden Schulen.



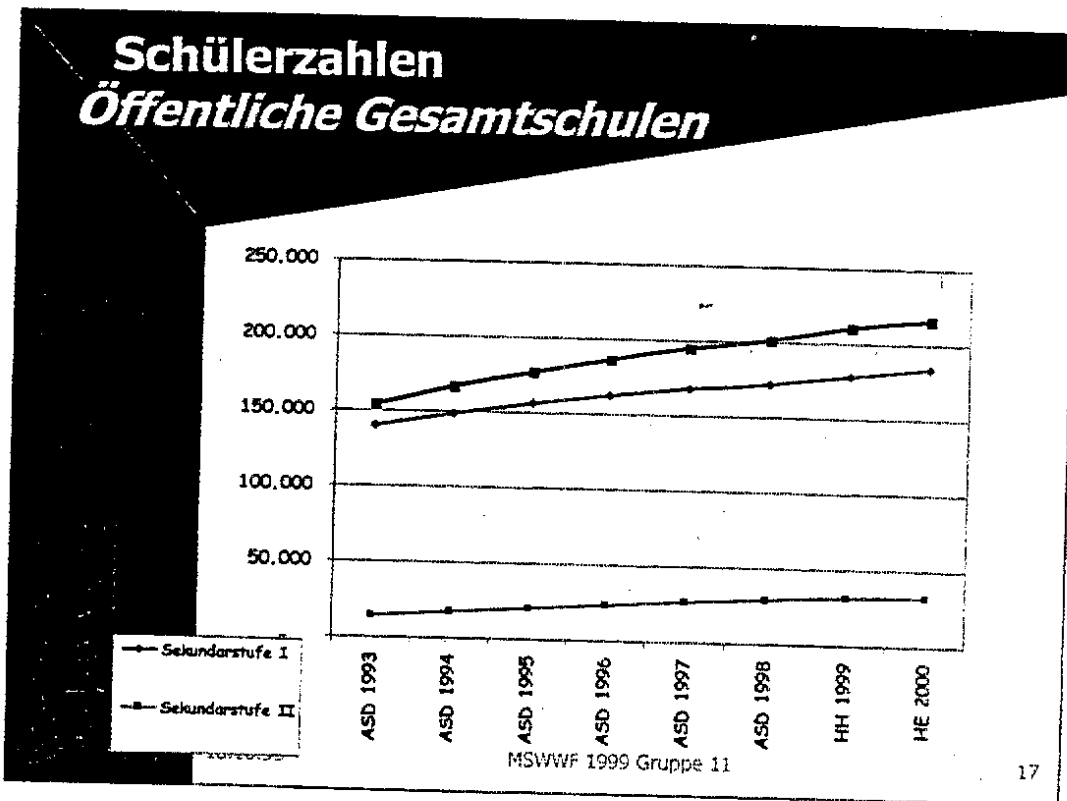
Im Schuljahr 2000/2001 wird es aller Wahrscheinlichkeit nach 300.400 Realschülerinnen und Realschüler geben. Als Schulform der Sekundarstufe I nimmt sie an dem noch bestehenden Zuwachs dieser Schülerzahl teil.

Da die Realschule - nicht zuletzt auch durch ihre homogene Schülerschaft - eine gut berechenbare Schulform ist, kann hier scharf kalkuliert werden. Für 1999 war nicht auszuschließen, dass bei der Realschule mit einem etwas höheren Schüleranteil zu rechnen war als geschätzt. Aus diesem Grunde sind vorab zu Gunsten der Realschule 200 Stellen aus anderen Schulformen umgesetzt worden. Darüber hinaus sind aus dem Kontingent der 934 Stellen 40 Stellen den Realschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt worden.



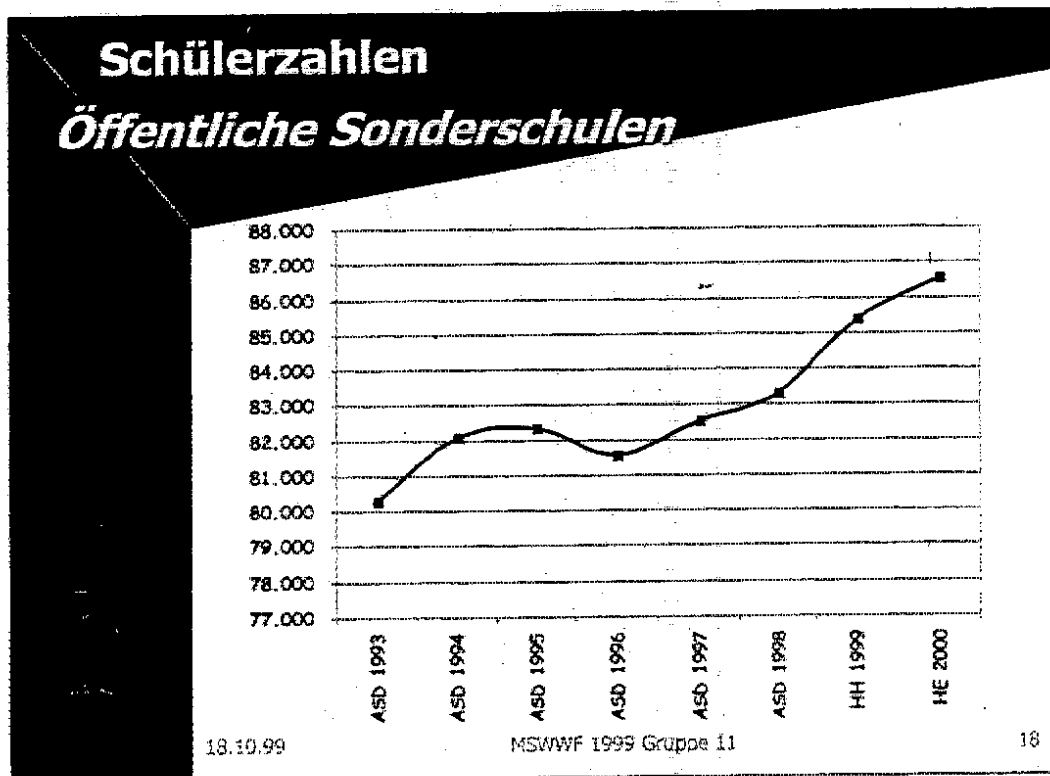
Im Schuljahr 2000/2001 wird es insgesamt 462.100 Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen Gymnasien des Landes Nordrhein-Westfalen geben.

Das ist im Verhältnis zu den Vorjahren ein leichter Anstieg. Die rote Linie repräsentiert die Schülerschaft insgesamt, die beiden unteren Linien stellen die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II dar. Typisch ist, und damit werden auch die bisherigen Prognosen bestätigt, der etwas stärkere Anstieg in der Sekundarstufe I.



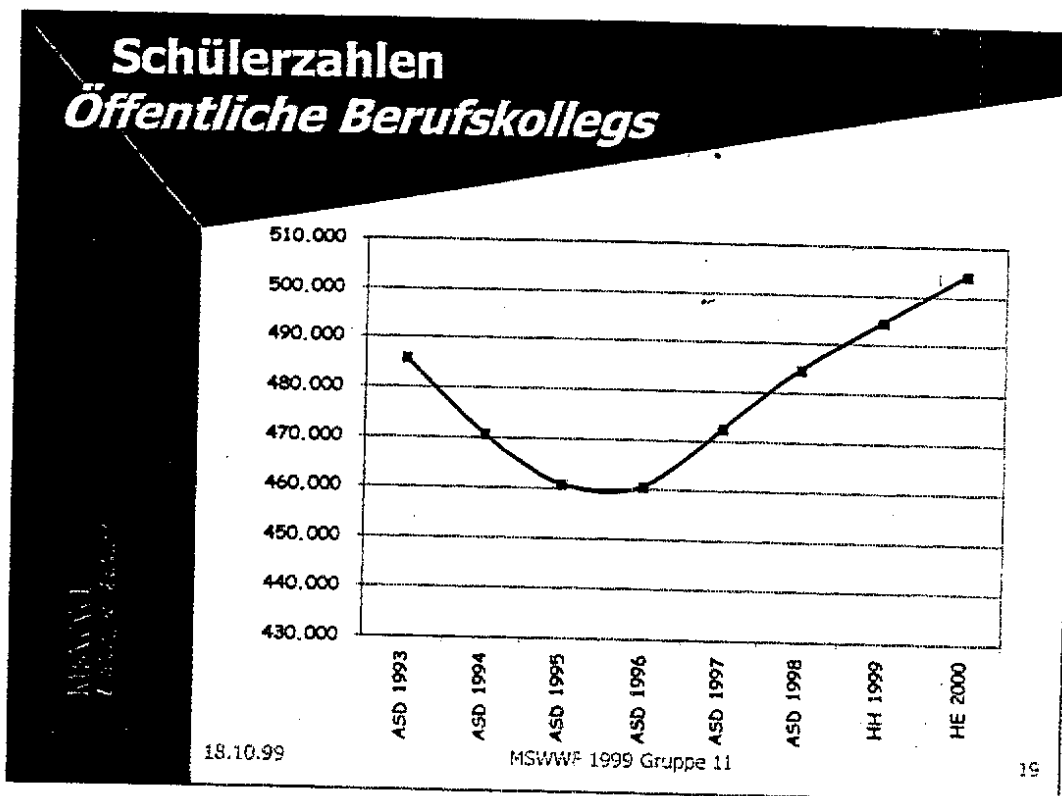
Im Schuljahr 2000/2001 wird es nach unseren Berechnungen 215.500 Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler geben, die in dann 210 Gesamtschulen unterrichtet werden.

Der Verlauf der Entwicklung der Schülerzahlen gleicht dem für das Gymnasium. Auch hier ist ein stärkeres Ansteigen der Schülerzahlen im Bereich der Sekundarstufe I zu beobachten. Der Zuwachs in der Sekundarstufe II ist nicht mehr ganz so ausgeprägt, wie er es noch in den Vorjahren war; immer mehr Gesamtschulen haben den Ausbau erreicht.



Im nächsten Schuljahr sind 86.550 Sonderschüler und Sonderschülerinnen zu erwarten. In dieser Wachstumskurve sind nicht nur die für diese Legislaturperiode typischen Zuwächse enthalten; außerdem gibt es einen Trend, dass mehr Schülerinnen und Schüler eine der vielfältigen Formen der Sonderschulbetreuung in Anspruch nehmen.

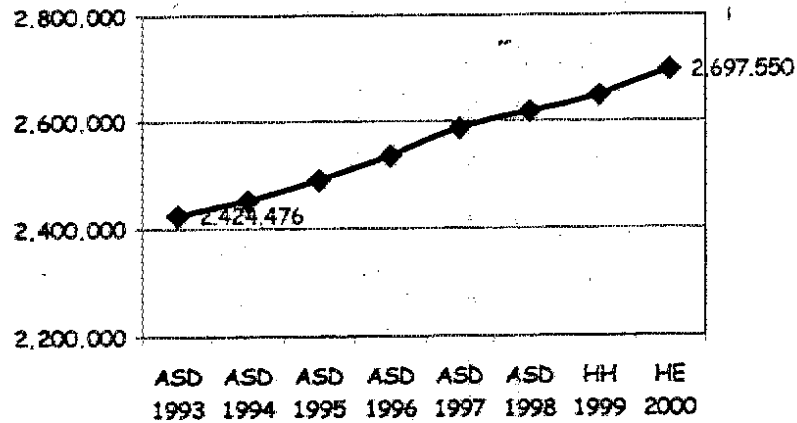
In den hier ausgewiesenen Schülerzahlen sind die 505.800 Schüler und Schülerinnen nicht mehr enthalten, die im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder an einer Grundschule unterrichtet werden. Diese Schülerinnen und Schüler werden für die Ermittlung der Grundstellen nur einmal gezählt, und zwar bei der Grundschule. Gleichwohl werden diese nunmehr 5.800 Schüler und Schülerinnen als Parameter bei der Ermittlung der Lehrerstellen im Sonderschulkapitel mit zugrundegelegt, und zwar bei der Berechnung des sonderpädagogischen Förderbedarfs.



Am Berufskolleg werden im Schuljahr 2000/2001 – so die Haushaltszahlen – 504.930 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden. Das Ansteigen der Schülerzahlen wird durch die amtlichen Schuldaten bestätigt. Wir haben berücksichtigt, dass neue Initiativen, insbesondere der Bundesregierung, im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen zu einer erhöhten Nachfrage im Bereich des Berufskollegs führen werden.

Es ist aber auch zu berücksichtigen, dass unter dem Begriff *Berufskolleg* vielfältige Bildungsgänge zusammengefasst sind. Stärke und schwächere Nachfragen nach Bildungsangeboten können sich so in der Summe ausgleichen.

Schülerzahlen Öffentliche Schulen insgesamt



18.10.99

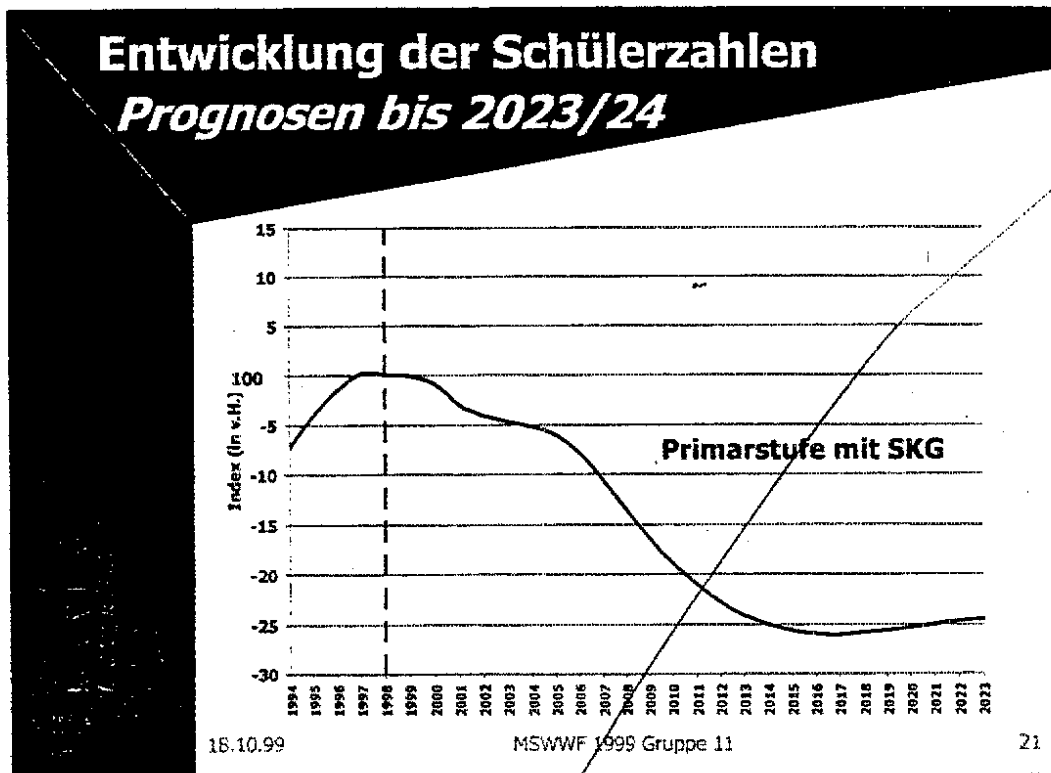
MSWWF 1999 Gruppe 11

20

Ein Blick auf die Schülerzahlen insgesamt:

Es bestätigt sich noch einmal die generelle Tendenz des Anstiegs der Schülerzahlen, der charakteristisch für die gegenwärtige Legislaturperiode ist.

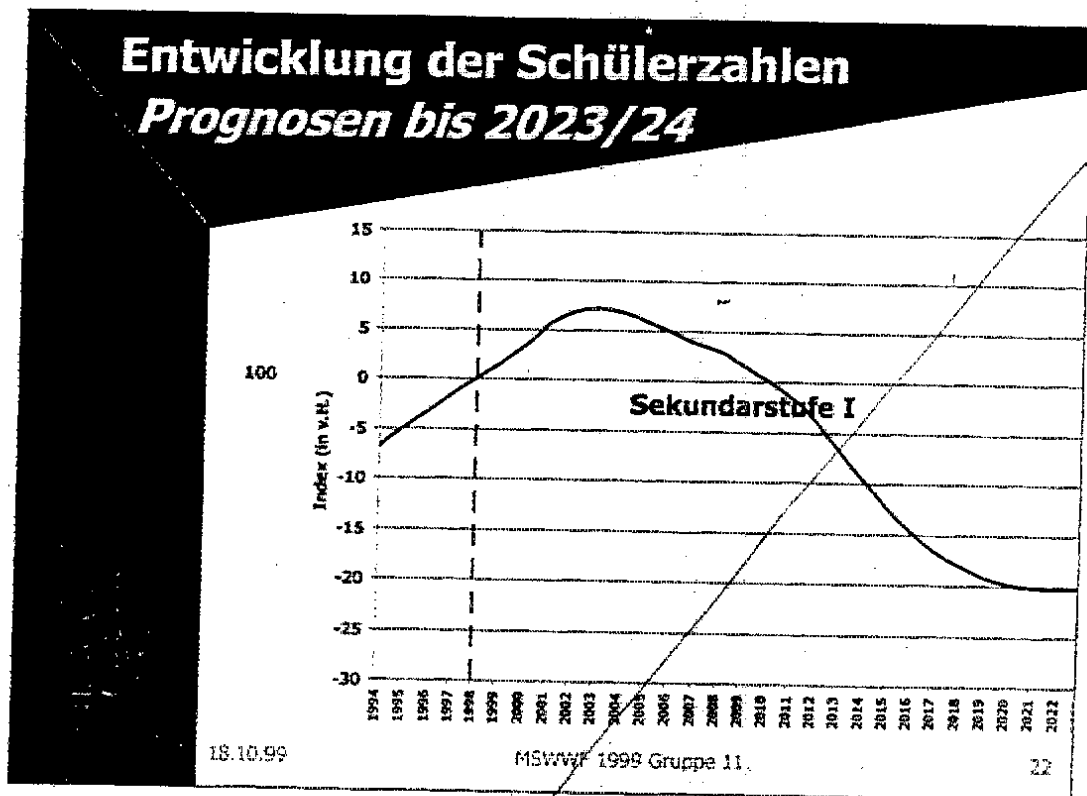
Wir wurden in dieser Periode nicht von Entwicklungen überrascht, die uns gezwungen hätten, unser Planungskonzept zu verändern.



Der mehrjährige Planungsansatz, den wir in dieser Legislaturperiode verfolgt haben, hat sich meiner Auffassung nach durchaus bewährt. Ich denke, vor diesem Hintergrund darf man es wagen, weit in die Zukunft zu blicken. Dies möchte ich mit Hilfe von indizierten Schülerzahlen - der öffentlichen Schulen und der Ersatzschulen zusammengefasst - tun. Auf diese Weise kann man die Schulformen und Schulstufen besser vergleichen.

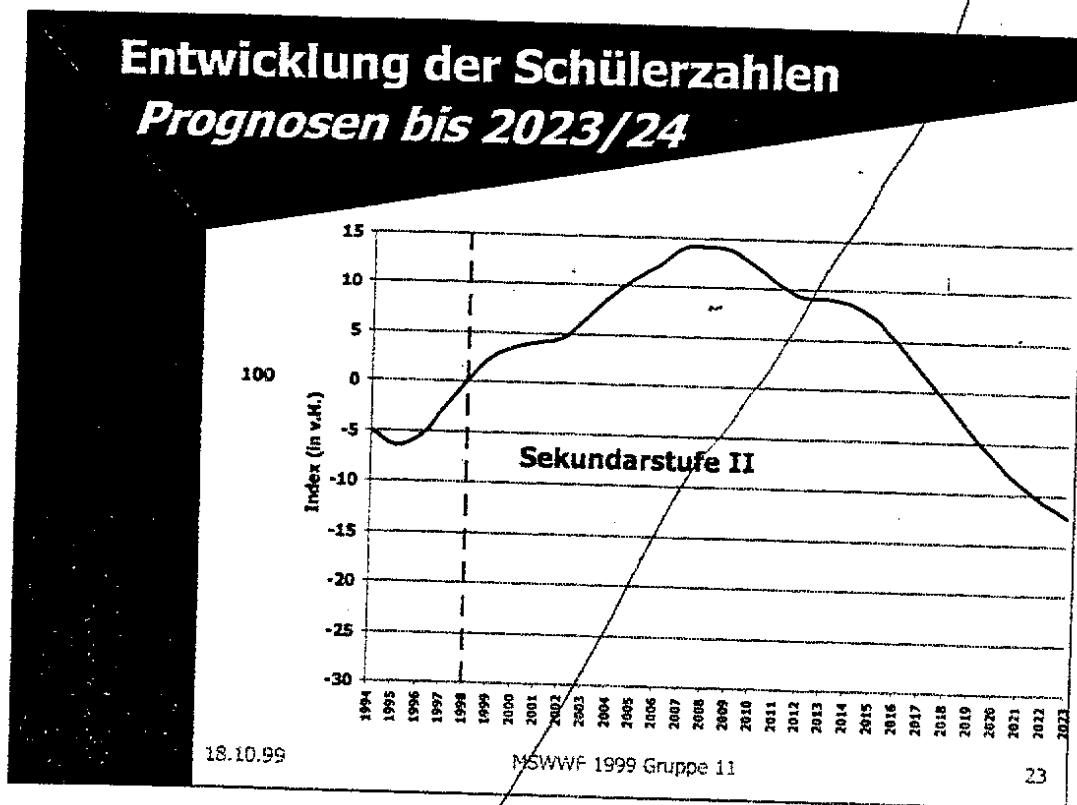
Ausgangspunkt für die Betrachtung soll das Jahr 1998 sein. Die aufgrund der amtlichen Schuldaten festgestellten Werte werden auf den Index 100 gesetzt. Die Abweichungen von diesem Wert zeigen dann die Veränderungen auf.

Bei den Grundschulen ist von 1994 bis 1998 ein starker Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen, der dann abflacht und 2017 seinen Tiefpunkt erreicht. Natürlich steht diese Prognose unter verschiedenen Vorbehalten, u.a. wird abzuwarten sein, wie sich die Migrantebewegungen in Zukunft darstellen.



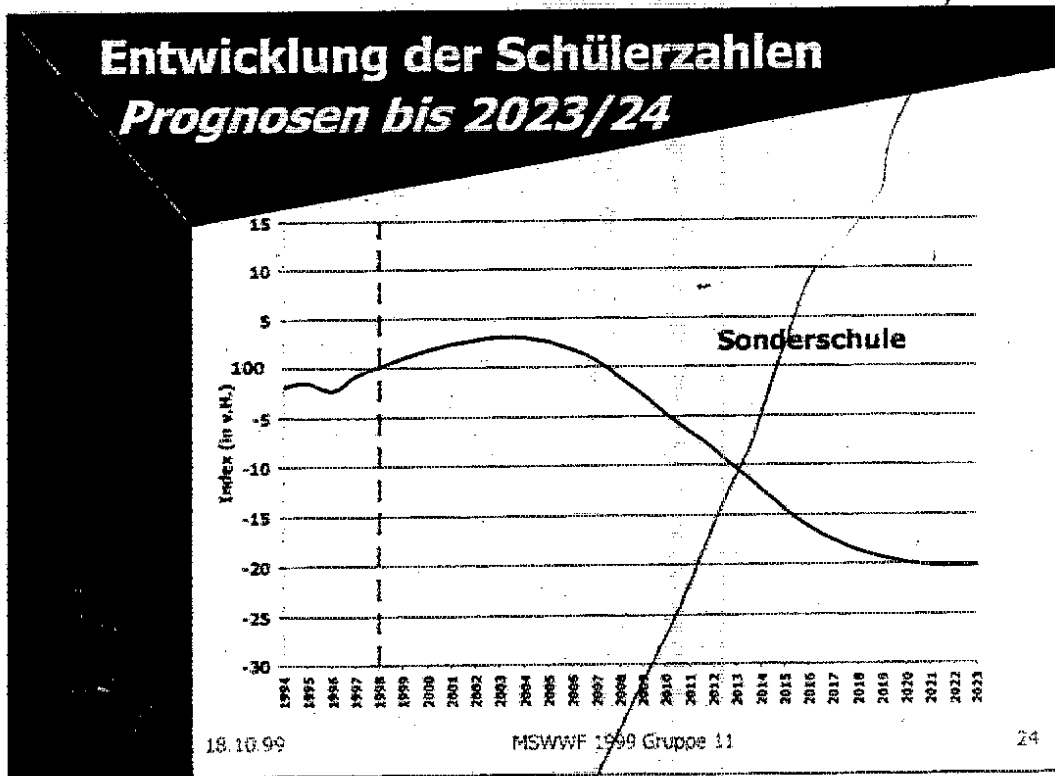
Die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I werden bis zum Jahr 2003 ansteigen, um dann abzufallen.

Zeitversetzt macht sich natürlich hier auch die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Form einer stetig abfallenden Kurve bemerkbar. Der Stand des Jahres 1998 wird voraussichtlich wieder im Jahre 2010 erreicht.

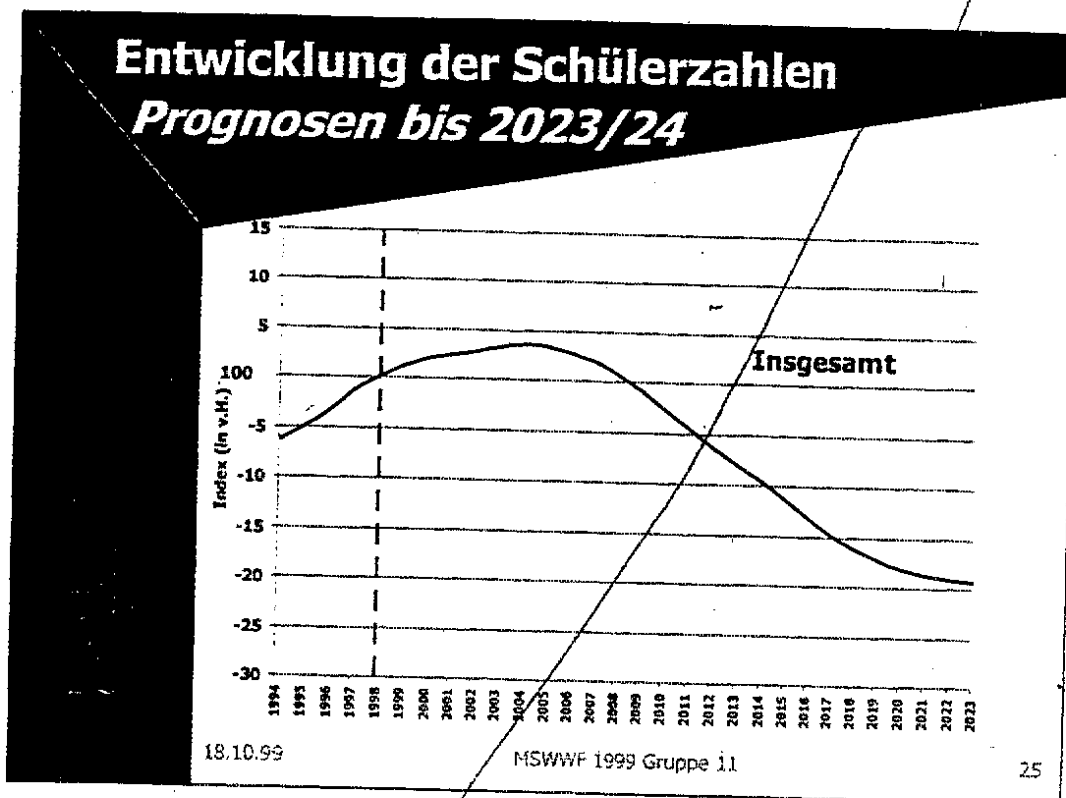


Für die Sekundarstufe II stellen wir - zeitversetzt - den gleichen charakteristischen Verlauf fest wie bei der Primarstufe und Sekundarstufe I. Der Höchststand der Schülerzahlen wird in der Sekundarstufe im Jahre 2008 erreicht.

In den Werten der Sekundarstufe II sind die Schülerzahlen für das gesamte Berufskolleg enthalten.



Für die Sonderschule gilt ebenfalls dieser charakteristische Verlauf.

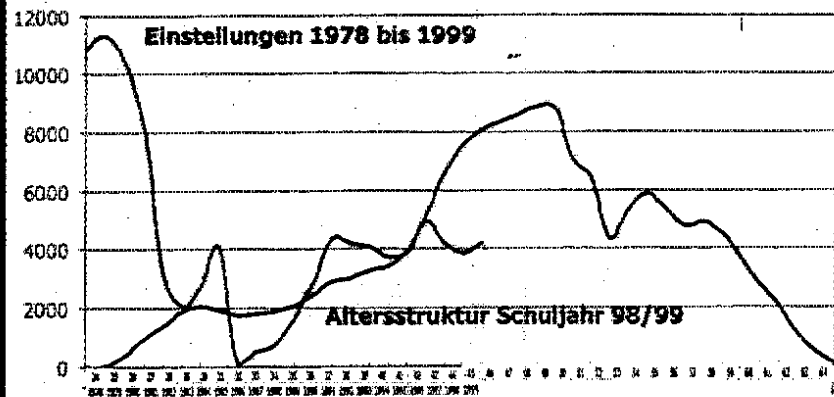


Diese Grafik fasst die vorher dargestellten Bewegungen zusammen. 2005 wird der Höchststand der Schülerzahlen erreicht.

Sie zeigt deutlich: Für die Zukunft ist kein allzu dramatischer Anstieg der Schülerzahlen zu erwarten. Es kündigt sich eine Entspannung für das Problem der steigenden Schülerzahlen an.

Aber wir sollten in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass Nordrhein-Westfalen seinen Standort mitten in Europa mit weit geöffneten Grenzen hat. Erst die Zukunft wird erweisen, ob nicht die allgemeine Bevölkerungsentwicklung eine andere Wendung nimmt.

Einstellungen und Altersstruktur in der Lehrerschaft



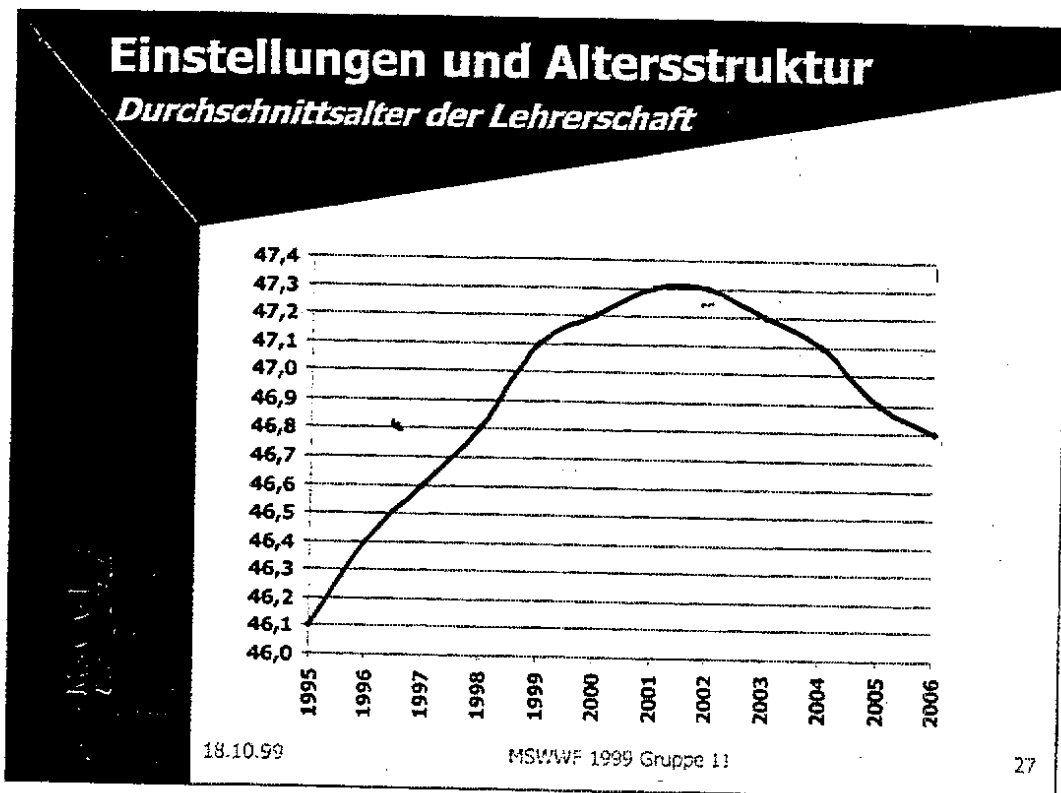
18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

26

Zu einem anderen Thema, zu den Lehrerinnen und Lehrern:

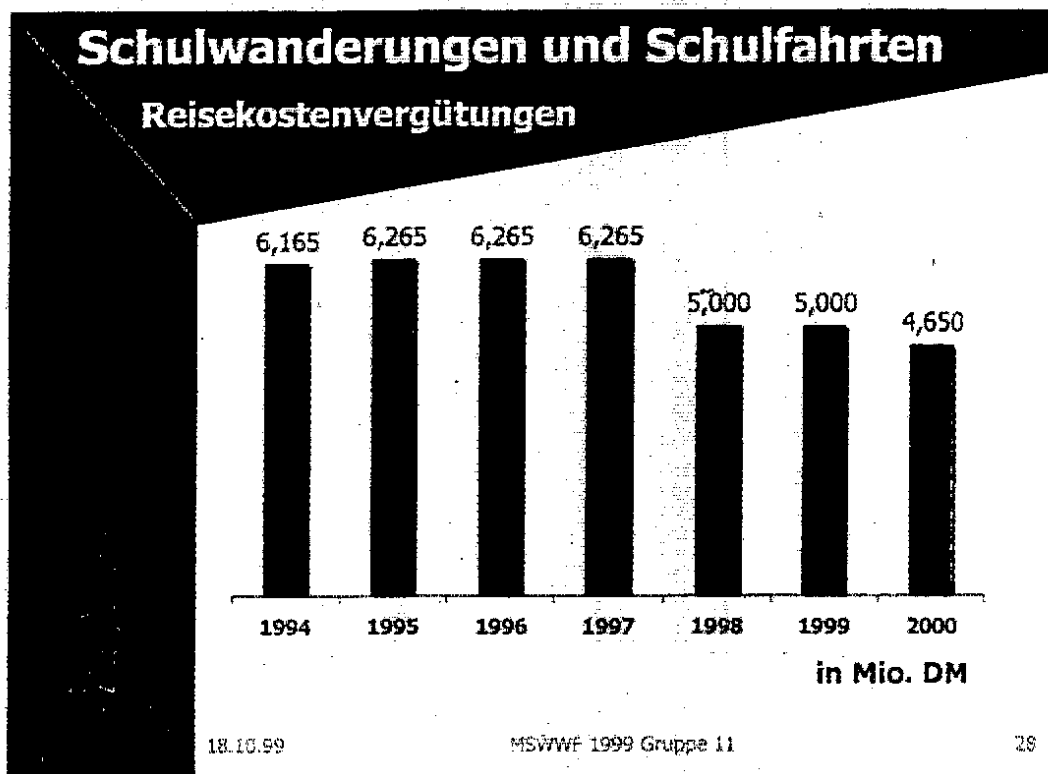
Die rote Kurve des Diagramms zeigt die jährlichen Neueinstellungen von Lehrkräften von 1978 bis 1999. Von 1978 bis 1980 sind jährlich über 10.000 Einstellungen vorgenommen worden; das war die Zeit des großen bildungspolitischen Nachholbedarfs. Schon 1983 aber fallen die Einstellungszahlen, um einen Tiefpunkt im Jahre 1986 zu erreichen. Damals stand der Vielzahl von Neueinstellungen ein Rückgang der Schülerzahlen gegenüber. Folgt man dem Verlauf der grünen Linie, so kann man ablesen, welche Auswirkungen diese Einstellungsbewegungen auf die gegenwärtige Altersstruktur der Lehrerschaft haben. Diese Linie gibt wieder, wie sich die Jahrgänge der Lehrer und Lehrerinnen in Nordrhein-Westfalen verteilen, und zwar beginnend mit dem 24. Lebensjahr bis zum 64. Lebensjahr. Die Altersgruppe der 44- bis 49jährigen ist am häufigsten vertreten. Dies überrascht nicht, wenn man berücksichtigt, dass sie die früheren starken Einstellungsjahrgänge repräsentieren.



Angesichts dieser Struktur leuchtet ein, dass das Durchschnittsalter der Lehrerschaft in den nächsten Jahren zwangsläufig noch steigen wird, unbeschadet der Neueinstellungen.

Da aber seit 1990 jährlich hohe Einstellungskontingente erreicht werden, wird sich die Altersstruktur der Lehrerschaft ab etwa 2002 zu Gunsten der jüngeren Jahrgänge verändern.

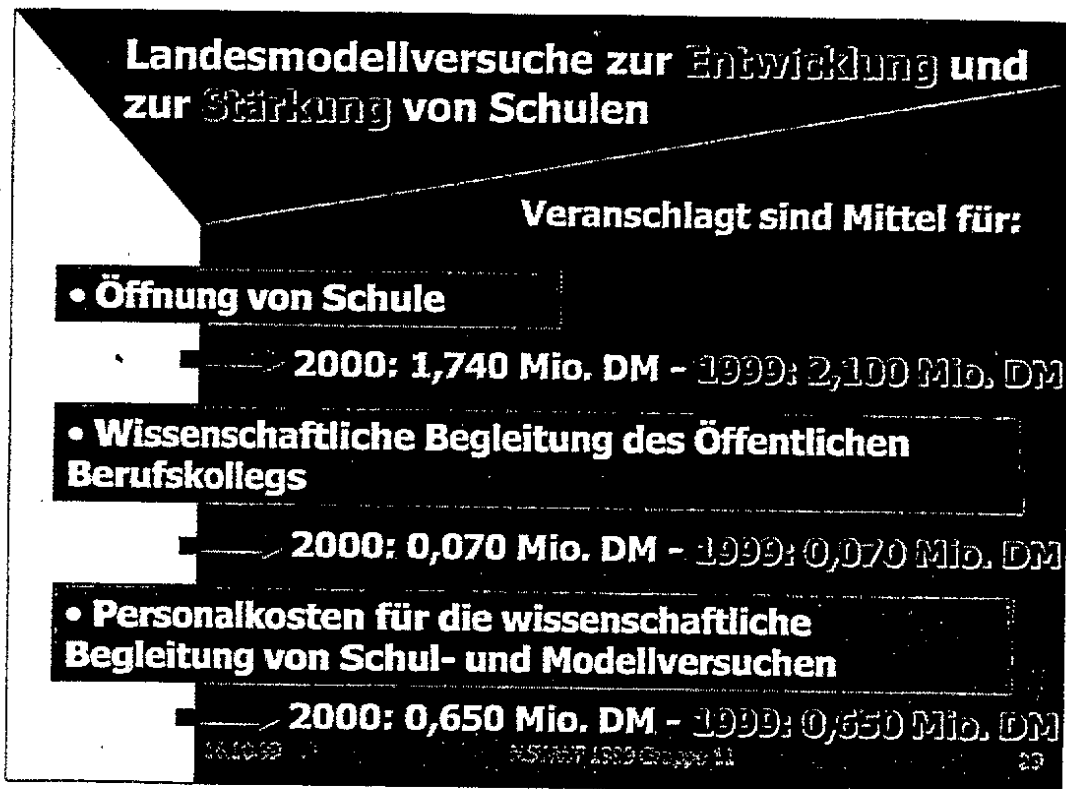
Das durchschnittliche Alter der neu einzustellenden Lehrerinnen und Lehrer liegt allerdings bei knapp 32 Jahren. Deshalb wirken die davon ausgehenden „Verjüngungseffekte“ nicht so schnell, wie es vielleicht wünschenswert wäre.



Wir wenden uns jetzt dem Sachhaushalt zu.

Der Haushalt 2000 sieht bei vielen Einzelpositionen und einer Vielzahl von Programmen Einsparungen vor, die sich gegenüber 1999 auf knapp eine Milliarde DM summieren. Diese Einsparungen haben natürlich auch auf den Einzelplan 05 eingewirkt. Die schwierige Aufgabe der Herstellung des Haushaltsgleichgewichts – im Kern: die Nettokreditaufnahme zu verringern – hat zu Einschnitten gezwungen, die nicht einfach zu vermitteln sind.

Ein Beispiel: Die Position "Schulwanderungen und Schulfahrten", die schon in den Jahren 1998 und 1999 auf dem relativ geringen Niveau von 5 Mio. DM stagnierte, beträgt nunmehr 4,650 Mio. DM. Über das Problem der nicht ausreichenden Etatisierung in diesem Bereich ist hier im Ausschuss oft gesprochen worden. Ich bedauere sehr, dass es hier noch einmal eine leichte Rücknahme gegeben hat. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass sich das vor dem Hintergrund der dringenden Notwendigkeiten der Haushaltskonsolidierung nicht hat vermeiden lassen.



Das überaus erfolgreiche Projekt Gestaltung und Öffnung von Schule - GÖS – wird mit 1,74 Mio. DM fortgeführt; 1999 waren dies 2,1 Mio. DM.

Die Reduzierung um 360.000 DM erklärt sich wiederum aus der Notwendigkeit zu sparen. Eine Änderung der Programmidee wird damit keineswegs signalisiert.

Aus- und Fortbildung der Bediensteten

Zentral für den Bereich **Schule und Weiterbildung:**

- **Qualifikationserweiterung**
 - Schul- und Seminarleitungsmitglieder
 - Schulaufsicht
 - Qualifikationserweiterung in Mangelfächern

- **Allgemeine Fortbildungsmaßnahmen**

18.10.99

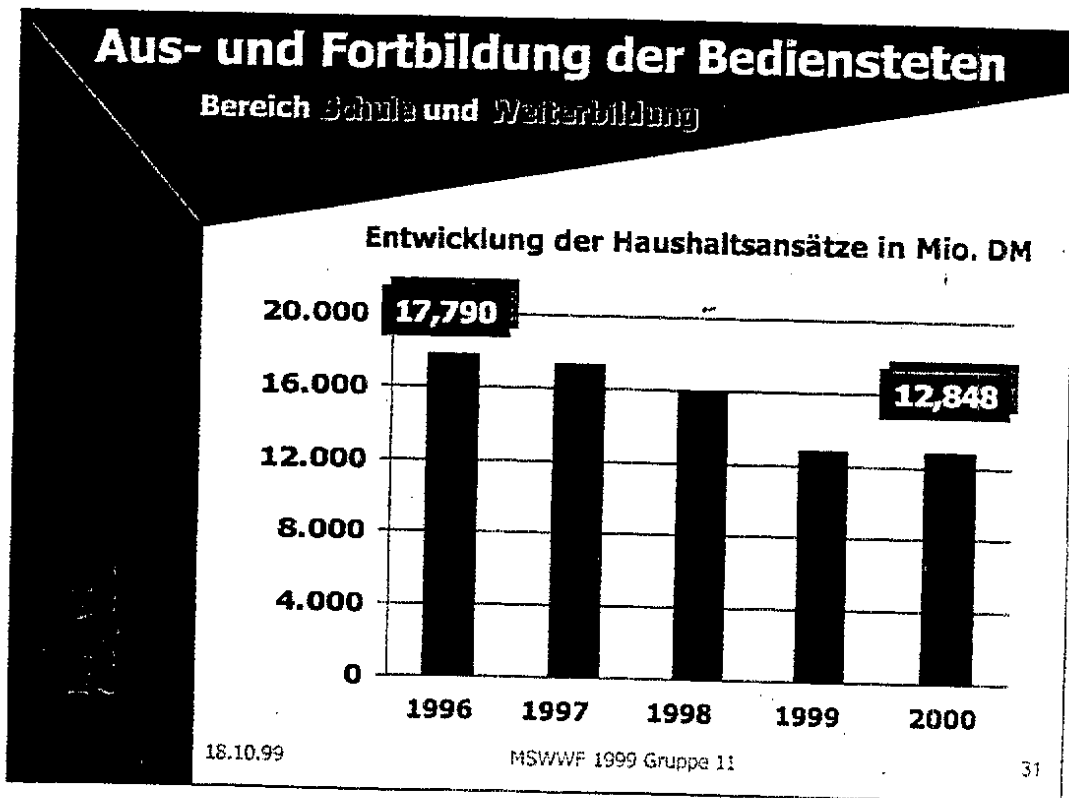
MSWWF 1999 Gruppe 11

30

Schwerpunkt unserer Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sind Qualifikationserweiterungen:

- Schulung von Schul- und Seminarleitungsmitgliedern,
- Schulung von Angehörigen der Schulaufsicht,
- Qualifikationserweiterung in Mangelfächern,

Ich meine, dass es gelungen ist, das Programm so zu akzentuieren, dass die Qualifikationen vermittelt werden, die am meisten nachgefragt werden.



Qualifikationserweiterung und Lehrerfortbildung vollziehen sich in einem - gemessen an der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen - recht engen finanziellen Rahmen. Der Ansatz für das Jahr 2000 beträgt wieder 12,84 Mio. DM. Immerhin darf festgestellt werden, dass der Ansatz 1999 unverändert fortgeführt werden soll. Gleichwohl bleibt die Aufgabe sehr schwierig, wenn man berücksichtigt, dass 1996 noch 17,79 Mio. DM zur Verfügung standen.

Eine Folge des engen finanziellen Rahmens ist auch, dass wir verstärkt auf selbst initiierte Fortbildung setzen. Es geht um Projekte, die von den Schulen selbst entwickelt werden. Es soll ein Anreiz geschaffen werden, zugewiesene Mittel so effizient wie möglich auszuschöpfen.

Schule von *acht bis eins*
für Grund- und Sonderschulen

**Förderung von Betreuungsangeboten für
 Kinder *vor* und *nach* dem Unterricht**

**Zuschüsse zu den *Personalausgaben* der
 Träger**

Gruppengröße mindestens *10) Schülerinnen
 und Schüler**

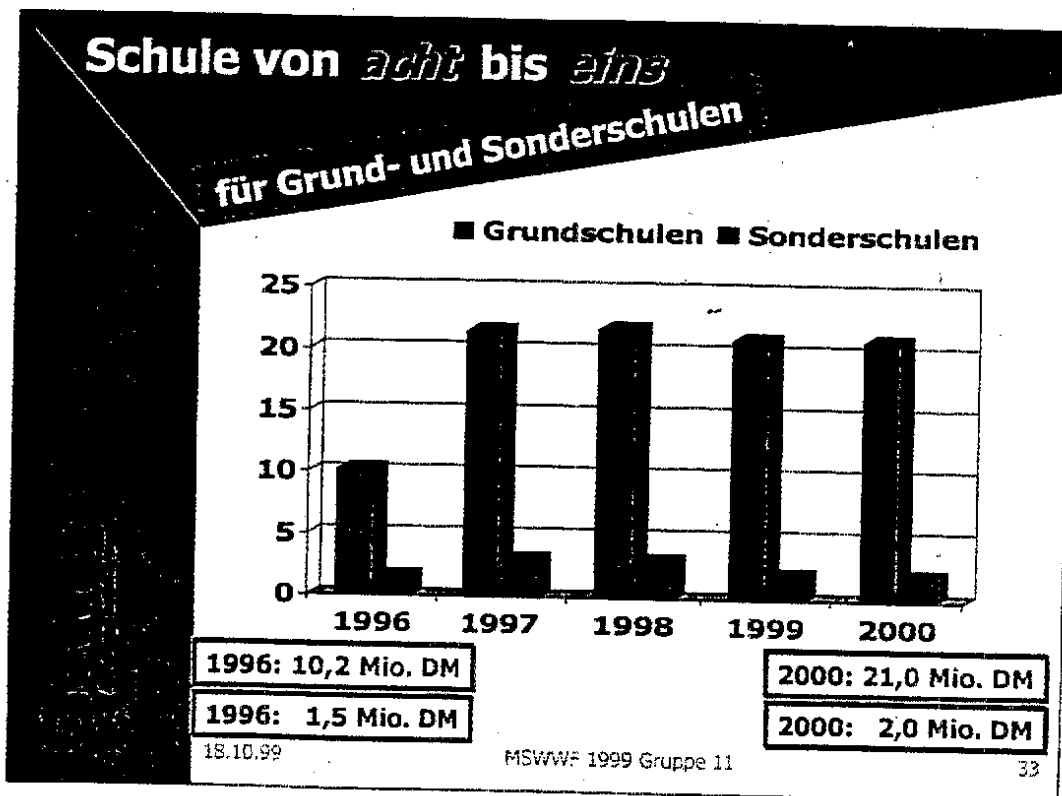
**Förderbetrag durchschnittlich pro Gruppe
 6.000 DM**

*) in besonderen Fällen mind. 8

18.10.99 MSWWF 1999 Gruppe 11 32

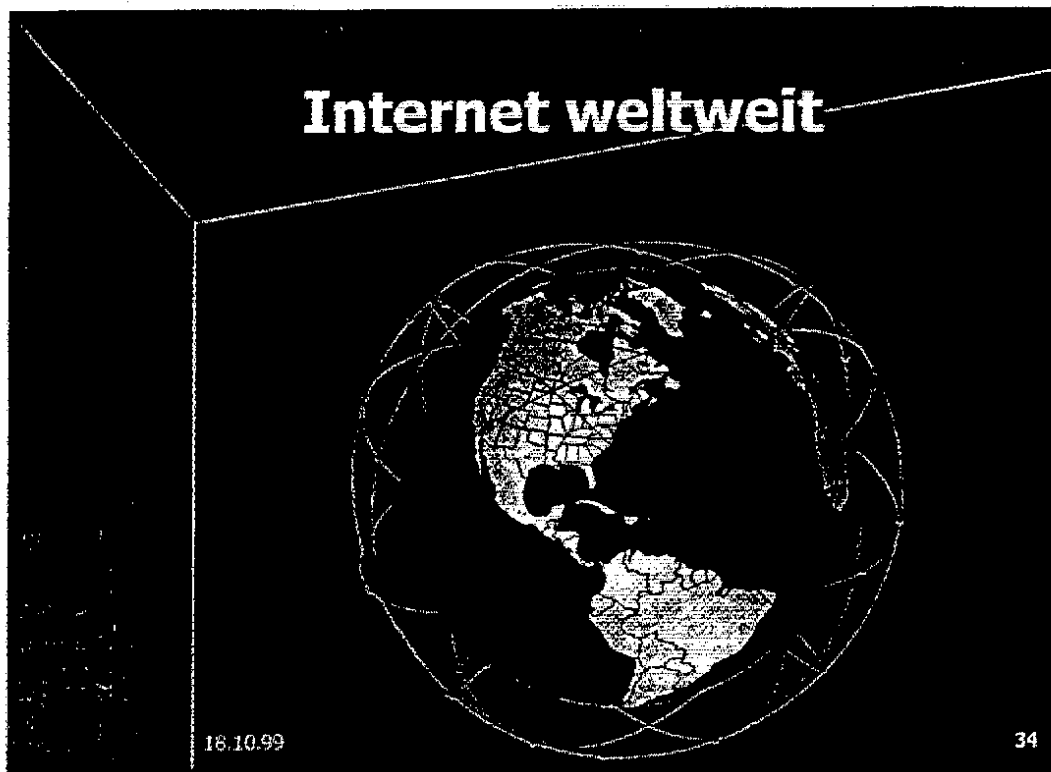
Die "Schule von acht bis eins" garantiert eine verlässliche Schulzeit (Unterricht und Betreuung) von mindestens acht bis dreizehn Uhr auch in den Stunden des Vormittags, in denen kein Unterricht stattfindet. Inzwischen nehmen landesweit ca. 90.000 Schülerinnen und Schüler das Betreuungsangebot in Anspruch. Dadurch wird einer etwa gleichen Anzahl von Erziehungsberechtigten – insbesondere Frauen – die Möglichkeit gegeben, die familiären und beruflichen Anforderungen zum Wohle ihrer Kinder miteinander zu vereinbaren.

Die offene Erlassregelung (Rahmenvorgaben), das bürgerfreundliche Antrags- und Genehmigungsverfahren und das Zuschusssystem haben sich bewährt. Als positiv hat sich besonders erwiesen, dass das Programm bei seiner Umsetzung auf die Eigeninitiative der Beteiligten vor Ort gesetzt hat. So meine ich, dass der Landeszuschuss zu den Personalkosten in Höhe von 6.000 DM je Betreuungsgruppe in Verbindung mit den Handreichungen und ihren vielen Hinweisen und Tipps eine Wirkung entfaltet, die über den nominellen Geldbetrag weit hinausgeht.



Ich freue mich, dass die Zuschüsse des Landes auch im Jahre 2000 gewährt werden sollen, und zwar in der Höhe von 1999. Unser Ziel bleibt es, an jeder der 3.900 Grundschulen und Sonderschulen des Primarbereichs, an denen hierfür Bedarf besteht, die Einrichtung einer Betreuungsgruppe zu erreichen. Bereits 90 Prozent aller Grundschulen verfügen über ein Betreuungsangebot.

Bei der Etatisierung dieses Bedarfs wird ein haushaltsmäßiges Dilemma offenbar: Eine Veranschlagung soll - im Interesse der Ausgabenbegrenzung - nicht zu hoch angesetzt sein. Wegen der Orientierung an den Ist-Ausgaben ist knapp kalkuliert worden. Wenn aber mehr Ausgaben als so berechnet anfallen, dann ist es schwer, dies später zu korrigieren. Überplanmäßige Ausgaben werden nur unter strengen Bedingungen gewährt. Ein Nachtragshaushalt kann nicht ohne Weiteres erwartet werden.



Mit der nächsten Grafik machen wir sozusagen einen Sprung in die Zukunft, allerdings in eine Zukunft, die nicht mehr all zu fern ist und die für das Feld, das wir behandeln, zweifellós tiefgreifende Auswirkungen haben wird.

Die Grafik stellt das geplante Tele-Desik-Netz dar, das aus 288 Satelliten bestehen soll, die auf 12 Umlauffelder verteilt operieren sollen.

Dieses Internet des Himmels soll die Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologie weltweit versinnbildlichen. Wenn dieses Satellitennetz in voller Funktion ist, wird jedes PC- und Server-System auf jeden beliebigen Punkt der Erde mit einem anderen Netz an einen anderen Punkt der Erde verbunden werden können.

Wir haben die Herausforderung für den Bildungsbereich, die in dieser Entwicklung liegt, angenommen.

Erstmalige Veranschlagung 2000

Zukunftsinitiative - Netzwerk für Bildung NRW 14 Mio. DM

Ziele:

**Eine landesweite Kommunikationsstruktur
zwischen Bildungseinrichtungen**

**Unterstützung der Bildungseinrichtungen bei
der Vermittlung einer umfassenden
Medienkompetenz**

**Förderung des flächendeckenden Lernens u.a.
in Schulen**

Kapitel 05 020 Titelgruppe 61

18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

35

Mit der Zukunftsinitiative – Netzwerk für Bildung Nordrhein-Westfalen – soll eine landesweite Kommunikationsinfrastruktur zwischen den Bildungseinrichtungen geschaffen werden. Zusätzlich sollen die Bildungseinrichtungen dabei unterstützt werden, umfassende Medienkompetenz zu vermitteln.

Das Gesamtvolumen dieser Initiative beläuft sich auf 70 Mio. DM, ein erster Teilbetrag von 14 Mio. DM ist im Haushalt 2000 vorgesehen.

Ich möchte diese Titelgruppe auch deshalb hervorheben, weil es im Haushalt nicht nur Eingrenzungen und Kürzungen gibt, sondern auch die finanzielle Absicherung ganz neuer Projekte.

Erstmalige Veranschlagung 2000

**Aufbau eines betriebsärztlichen
und sicherheitstechnischen
Dienstes für Lehrkräfte an
öffentlichen Schulen und an
Ersatzschulen
2,283 Mio. DM**

**Veranschlagt sind Mittel zum *stufenweisen*
Auf- und Ausbau dieses Dienstes.**

**Geplant ist die Realisierung durch den Einsatz
eines *externen* Dienstleisters.**

Kapitel 05 020 Titel 545 00

18.10.99

MSWWF 1999 Gruppe 11

35

Frisches Geld gibt es allerdings auch noch für ein anderes Programm, das allerdings nicht so mitreißend sein wird wie das Netzwerk für Bildung in NRW. Es geht um den Aufbau eines betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienstes für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen und an Ersatzschulen. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben, die auf EU-Richtlinien zurückgehen, ist in den Verwaltungen und Betrieben des Landes ein arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten. Dieser Grundsatz war auch auf den Schulbereich zu übertragen. Die in dem Haushaltsentwurf vorgesehenen Mittel erlauben es, einen Vertrag über den Aufbau eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Dienstes mit einem externen Dienstleister abzuschließen. Dabei wird auf die Besonderheiten des Schulbetriebes Rücksicht genommen, wonach hinsichtlich der Unfall- und Gesundheitsgefährdungen Schulen der niedrigen Gefährdungsklasse 4 zuzuordnen sind.

Haushalt 2000
Schule und Weiterbildung

NRW.

**Vielen Dank für
Ihre
Aufmerksamkeit!**

MSWWE
Bildung ist Zukunft

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

nach dieser Einführung stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich für weitere Fragen zur Verfügung. Es sei auch auf die Erläuterungsbände *Sachhaushalt* und *Personalhaushalt* verwiesen, die viele Details enthalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.